

Der Grundstein

Wochenblatt des Deutschen Baugewerksbundes

für Werkmeister, Gesellen, Lehrlinge und Hilfsarbeiter in Maurer-, Beton- und Tiefbaubetrieben, in der Kachelofen- und Steinzeugindustrie, in Scheibentöpfereien und Glasereien, in Puzer- und Stuckbetrieben, für Asphaltierer und die Arbeiter im Straßenbau, Isolierer, Fliesenleger, Ofenseker, Steinholz- und Terrazzoarbeiter

Erscheint wöchentlich Sonnabends. Monatsbezugspreis 1.— RM. (ohne Bestellgeld). Bestellungen nur durch die Post. Schluß des Blattes Montags früh.

Herausgeber: Deutscher Baugewerksbund
Berlin SW 48, Friedrichstraße 5/6. Fernsprecher:
A 7 Dönhoff 7650, 7651, 6240. Postcheckkonto: Berlin 65232.

Preise für Geschäftsanzeigen nach Tarif.
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten,
Berlin S 14, Deutscher Baugewerksbund, Zentrale.

Für Schutz der Arbeitskraft und gegen wirtschaftliche Katastrophenpolitik.

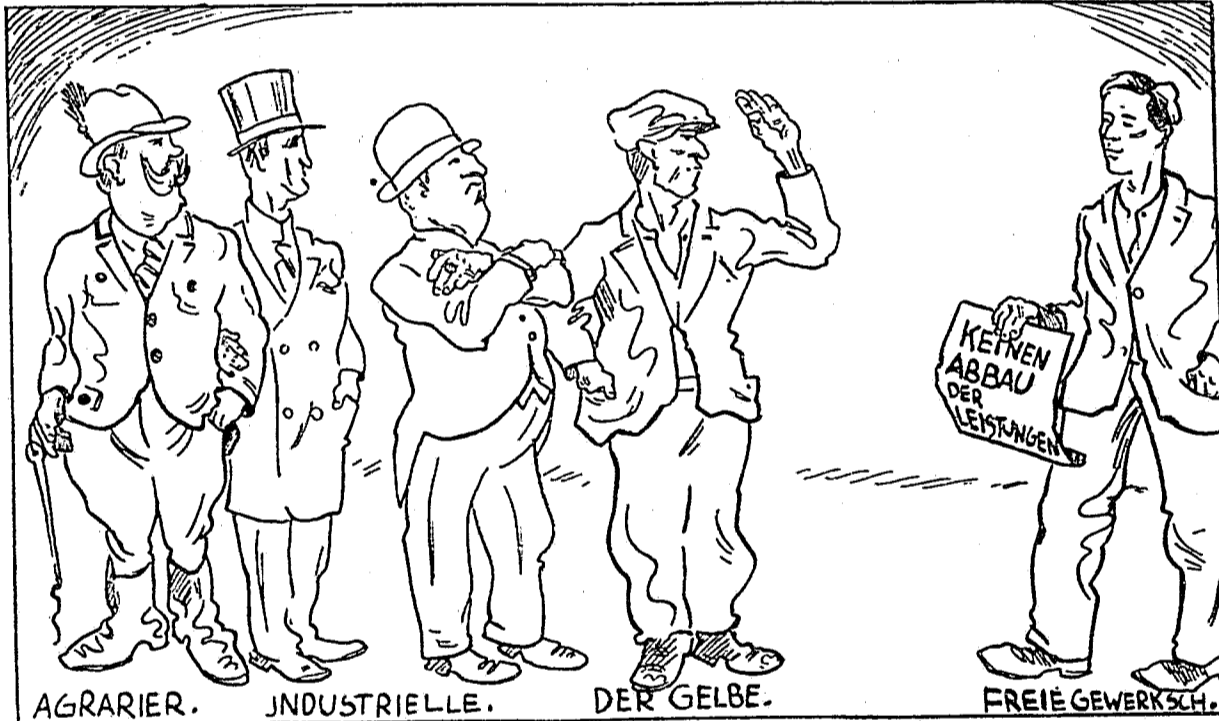
Die Bundesauschüsse des DGB. und des AfB-Bundes, die Redakteure und sonstige Funktionäre der freien Gewerkschaften füllten am 30. Mai den Plenarsaal des Vorläufigen Reichswirtschaftsrats bis auf den letzten Platz. Die Vorstände der beiden Gewerkschaftsgruppen hatten diese Tagung einberufen und dazu die Vertreter des Reichsarbeitsministeriums und des Reichswirtschaftsministeriums geladen. Auch diese beiden Regierungsklassen waren vertreten. Nach einleitenden Begrüßungsworten des stellvertretenden Vorsitzenden vom DGB, Graßmann, nahm Franz Spliedt, der Leiter der sozialpolitischen Abteilung des DGB., das Wort zu seinem Vortrag: „Für den Schutz der Arbeitskraft“. Die wirtschaftliche Lage Deutschlands sei zurzeit scharf zugespitzt, gebe zu ernstesten Sorgen Veranlassung. Deutschlands

aus diesem Grunde steht das Besitzbürgertum im Angriff auf der ganzen Linie gegen die Arbeitslosenversicherung. Man rechnet bei der sogenannten Sanierung der Arbeitslosenversicherung mit 1,2 Millionen Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt. Diese Zahl ist zu niedrig gegriffen. Man müsse mindestens 1,5 Millionen veranschlagen. Die organisierte Arbeiterschaft kann es nicht mehr mit ansehen, wenn die Arbeitslosenversicherung noch mehr verschlechtert wird. Wohl ist es den Arbeitervertretern bisher gelungen, den grundsätzlichen Abbau der Arbeitslosenversicherung abzuwehren, aber darum geht es jetzt der Kampf. Dabei wird die Öffentlichkeit systematisch irreführt. Man schreit über die hohen Verwaltungskosten, obwohl die Ausgaben der Reichsanstalt von fünf voneinander unabhängigen Körperschaften geprüft werden. Man

Massenkaufkraft! Wir verlangen ferner den Abbau der Arbeitszeit, die abzustellen ist auf die veränderten technischen Verhältnisse. Allen Versuchen unserer Gegner auf Abbau der Sozialversicherung, auf Abbau der Löhne und Verlängerung der Arbeitszeit setzen wir unseren feierlichen Protest und entschlossensten Widerstand entgegen!

Hierauf sprach Genosse Eggert vom DGB. über das Thema: „Gegen wirtschaftliche Katastrophenpolitik“. Die Massenarbeitslosigkeit sei die folgerichtige Begleiterscheinung des kapitalistischen Wirtschaftssystems. Dieses ist auf wildes, zügelloses Gewinnstreben eingestellt. Schon früher ist von uns angekündigt worden, welche wirtschaftliche Gefahr durch diese Zügellosigkeit und die Rationalisierung in Aussicht steht. Die Grundursache unserer Wirtschaftsnot liegt beim Arbeitsmarkt. Das Unternehmertum hat von dieser Not bisher wenig zu spüren bekommen. Die Industriegesellschaften verteilen in diesem Jahre die gleiche Dividende wie im Vorjahr. Trotzdem ist die Wirtschaftskrise vorhanden. Es soll auch anerkannt werden, daß eine Kapitalnot vorhanden ist. Bei der Rationalisierung hat man aber nicht berechnet, ob für die größere Erzeugung auch ein genügender Absatzmarkt vorhanden ist. Dazu kommt, daß die Preispolitik der Kartelle äußerst starr gehalten ist; ferner hat die Zollpolitik eine verteuerte Tendenz der Verbrauchsgüter im Gefolge. In dieser schweren Zeit versuchen die Unternehmer nicht nur, die Sozialversicherungszweige abzubauen, sie haben auch eine Generaloffensive auf die Löhne eröffnet. Das ist geradezu grotesk! Man will einen Lohnabbau und zu gleicher Zeit eine Preissteigerung durchsetzen; schon die Verteuerung der agrarischen Produkte durch hohe Zölle bedeutet für die Arbeiterschaft eine Lohnsenkung. Man will sie also doppelt schädigen. Die Gewerkschaften dagegen verlangen Preisenkungen, um die verminderte Kaufkraft wieder anzuregen. Die Gewerkschaften verlangen Lohnerhöhungen, um die deutsche Massenkaufkraft zu erhöhen. In Notzeiten muß die Kapitalbildung hinter die Forderung nach Stärkung der Kaufkraft zurücktreten. Das fehlende Kapital ist vom Auslande hereinzuholen. Die dürftige Lebenshaltung der Erwerbslosen muß trotz der Krise sichergestellt werden. Schon seit Monaten verlangen die Gewerkschaften ein Notopfer vom Besitz und Vermögen. Steuern schaffen zwar keine neue Kaufkraft, sie lenken jedoch die Kaufkraft an die gefährlichsten Punkte. Sie können daher, planmäßig angewendet, eine Wirtschaftsbelebung in die Wege leiten. — Der Schrei nach Arbeit ist allgemein. Die Millionen Arbeitslosen wollen Beschäftigung haben. Es ist ein verleumderisches Unternehmerrmärchen, wenn gesagt wird, die deutsche Arbeiterschaft sei arbeitslos. Wir verlangen Arbeit für die Arbeitslosen! Wir verlangen ein auskömmliches Notopfer auf Besitz und Einkommen zur Sicherstellung der Erwerbslosenunterstützung! Wir kämpfen gegen jeden Lohnabbau! Wir verlangen einen allgemeinen Preisabbau! Wir verlangen eine vernünftige Konjunkturpolitik durch Auftragserteilung! Die Not ist groß. Die Stunde mahnt. Alle Verantwortlichen mögen sich bewusst sein, es geht ein Schrei durch das Volk: Verantwortliche, gebt Arbeit!

Staatschwierigkeiten geben heute den Unternehmern den erwünschten Anlaß, einen Generalangriff gegen die deutsche Sozialpolitik durchzuführen. Berufene und Unberufene beschäftigen sich mit der Sanierung der Reichsfinanzen. Das gesamte Besitzbürgertum möchte die Reichsfinanzen in Ordnung bringen ausschließlich auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung. Es sei zu untersuchen, ob die Sozialpolitik in der Tat die Ursache der gegenwärtigen Finanznot des Reiches ist und durch einen Abbau der Sozialpolitik die öffentliche Wirtschaft saniert und die Volkswirtschaft belebt werden könne. Wenn die Arbeitslosenversicherung mit einer Verschuldung gegenüber dem Reich von fast 800 Millionen Mark heute den Reichsetat am schwersten belastet, so sei dafür weder eine falsche Konstruktion der Versicherung, noch ein ins Gewicht fallender Mißbrauch der Leistungen, sondern ausschließlich die ungeheure Arbeitslosigkeit verantwortlich. Die deutschen Gewerkschaften haben nicht erst in den letzten Wochen diese drohende Gefahr erkannt, sie haben sich bereits früher um Vorschläge bemüht, die bei ihrer Verwirklichung eine gesündere Grundlage der Arbeitslosenversicherung geschaffen hätten. Aber nichts geschah! Man ließ sogar die Regierungskoalition aufliegen wegen eines Viertel Prozent Beitragserhöhung! Jetzt scheint man bereit zu sein, ein volles Prozent Beitragserhöhung zu beschließen. Worte nutzen heute nichts mehr. Es ist die höchste Zeit, daß gehandelt wird. Der Staat hat die Pflicht, die Lasten, die die Arbeitslosigkeit mit sich bringt, auf sich zu nehmen, wenn es ihm nicht gelingt, die Arbeitslosen wieder in Arbeit zu bringen. Eine sogenannte „Reform“ der Versicherung kann in keiner Weise die Versicherung entlasten. Auch die Beschlüsse im Vorstand der Reichsanstalt, gefaßt gegen die Stimmen der maßgebenden Gewerkschaften, können diesen Erfolg nicht haben. Die damit erhoffte Ersparnis von etwa 100 Millionen Mark können höchstens eine berechtigte Empörung in der durch diese Beschlüsse betroffenen Arbeiterschaft auslösen. Nur auf dem Wege einer gesunden Arbeitsmarktpolitik auf lange Sicht kann eine wirkliche Entlastung der Arbeitslosenversicherung erzielt werden. Auf längere Zeit hinaus kann nicht verzichtet werden auf eine umfassende Versorgung der Arbeitslosen und die Ausdehnung der Krisenunterstützung auf alle Berufe und auf die Gesamtdauer der Arbeitslosigkeit. Im Mittelpunkt des Arbeitslosenprogramms stehe genau betrachtet überhaupt nicht der Arbeitslosenschutz, sondern die Lohnpolitische Auswirkung dieses Schutzes. Nur



Die Kämpfer gegen die Arbeitslosenversicherung.

schreit über „Mißbrauch“, obwohl man solchen nur wenig nachweisen kann und sich im übrigen bei jeder Versicherung oder Einrichtung Mißbräuche nicht gänzlich vermeiden lassen werden. Besonders an die Vertreter der Presse sei die Aufforderung gerichtet, über dieses Problem in sachlicher Weise zu berichten und nicht in so tendenziöser Art, wie dies von Demokratenblättern bis zur professionellen scharfmacherisch eingestellten Presse der Schwerindustrie geschieht. Sogar in einem Blatte mit wissenschaftlichem und neutralem Anstrich, dem „Deutschen Volkswirt“, sei in ganz unverantwortlicher Weise die Arbeitslosenversicherung verunglimpft worden. Es liege die Vermutung nahe, daß diese Verunglimpfung systematisch in ganz Deutschland betrieben und gut honoriert wird. Alle diese Scharfmacherorgane wollen das Versicherungsprinzip der Arbeitslosenversicherung in ein Bedürftigkeitsprinzip umwandeln. Statt eines Rechtsanspruchs will man Almosen geben. Aber an unserm Rechtsanspruch lassen wir nicht rühren! Irrig ist es auch, zu glauben, die Arbeitslosenunterstützung könne durch den Abbau anderer Sozialleistungen saniert werden. Das ist unter keinen Umständen möglich, zumal auch die anderen Zweige der Sozialversicherung, vor allem die Invalidenversicherung, in nächster Zeit schwer zu kämpfen haben werden. — Mit dem Kampf um den Abbau der Sozialleistungen verbinden sich heute die Angriffe des Unternehmertums auf das Lohnniveau der Arbeiterschaft. Wir werden nie anerkennen, daß eine Minderung der Massenkaufkraft der deutschen Wirtschaft, die vornehmlich auf den Inlandsmarkt angewiesen ist, einen gesunden Antrieb geben könnte. Wir verlangen im Gegenteil eine Hebung der

teuerung der agrarischen Produkte durch hohe Zölle bedeutet für die Arbeiterschaft eine Lohnsenkung. Man will sie also doppelt schädigen. Die Gewerkschaften dagegen verlangen Preisenkungen, um die verminderte Kaufkraft wieder anzuregen. Die Gewerkschaften verlangen Lohnerhöhungen, um die deutsche Massenkaufkraft zu erhöhen. In Notzeiten muß die Kapitalbildung hinter die Forderung nach Stärkung der Kaufkraft zurücktreten. Das fehlende Kapital ist vom Auslande hereinzuholen. Die dürftige Lebenshaltung der Erwerbslosen muß trotz der Krise sichergestellt werden. Schon seit Monaten verlangen die Gewerkschaften ein Notopfer vom Besitz und Vermögen. Steuern schaffen zwar keine neue Kaufkraft, sie lenken jedoch die Kaufkraft an die gefährlichsten Punkte. Sie können daher, planmäßig angewendet, eine Wirtschaftsbelebung in die Wege leiten. — Der Schrei nach Arbeit ist allgemein. Die Millionen Arbeitslosen wollen Beschäftigung haben. Es ist ein verleumderisches Unternehmerrmärchen, wenn gesagt wird, die deutsche Arbeiterschaft sei arbeitslos. Wir verlangen Arbeit für die Arbeitslosen! Wir verlangen ein auskömmliches Notopfer auf Besitz und Einkommen zur Sicherstellung der Erwerbslosenunterstützung! Wir kämpfen gegen jeden Lohnabbau! Wir verlangen einen allgemeinen Preisabbau! Wir verlangen eine vernünftige Konjunkturpolitik durch Auftragserteilung! Die Not ist groß. Die Stunde mahnt. Alle Verantwortlichen mögen sich bewusst sein, es geht ein Schrei durch das Volk: Verantwortliche, gebt Arbeit!

Nach diesen mit großem Beifall aufgenommenen zwei Vorträgen nahm der Reichsarbeitsminister

Stegerwald das Wort. Wir befinden uns gegenwärtig in einer Wirtschaftskrise. Durch den Krieg habe sich die Struktur der Weltwirtschaft geändert. Die Produktionskapazität in Industrie und Landwirtschaft sei dem Bedarf weit vorausgeeilt. In einigen großen Ländern ist in den letzten Jahren der Bedarf weitgehend vorfinanziert worden. Die deutsche Landwirtschaft arbeite bereits längere Zeit mit großer Unterbilanz, daneben wird durch die große Arbeitslosigkeit die deutsche Kaufkraft um weitere 4 bis 5 Milliarden Mark geschwächt. Hinzu kommt in Deutschland die Verknappung des Kapitalmarktes, vor allem für die langfristigen Anleihen, was die deutsche Krise noch mehr verschärft. Auch in der Finanzpolitik des Reiches und der Gemeinden sind in den letzten fünf Jahren schwere Fehler gemacht worden. Wir stehen jetzt vor dem nüchternen Zwang, Volk und Wirtschaft mit etwa 2 Milliarden Mark neu zu belasten, um die Finanzen des Reiches in Ordnung zu bringen. In diesem Jahr werden wir die Arbeitslosen mit über 2 Milliarden Mark unterstützen müssen. Mit einem gewissen Recht wird gesagt, es sei verfehlt, so hohe Summen zur Unterstützung der Arbeitslosen auszuwerfen, anstatt mit diesem großen Betrag Arbeitsgelegenheit zu schaffen. Aber um 2 Millionen Arbeitslose normal beschäftigen zu können, wären 6 Milliarden Mark notwendig. Diesen Betrag kann gegenwärtig keine Regierung beschaffen. Für Sozialversicherungen jeder Art werden in diesem Jahre 6,5 Milliarden Mark ausgegeben, für Wohlfahrtspflege 1,5 Milliarden, für Kriegsbeschädigte 1,4 Milliarden, für Reparationen an höheren Zinsen 2 Milliarden. Das sind über 15 Milliarden Mark oder 20 Prozent des deutschen Volksvermögens. Aus einer Wirtschaft können nicht beliebig Abgaben herausgepreßt werden, wenn noch etwas übrigbleiben soll für die Lohn- und Gehaltsquote. Unsere Lage ist ernst! Die Reichsregierung wird alles aufbieten, um die Schwierigkeiten zu überwinden. Die Reichsregierung hofft, wenn der Reichstag ihren Vorschlägen zustimmt, in kurzer Frist 120 000 bis 150 000 Arbeitern, insbesondere Bauarbeitern, Arbeit und Brot verschaffen zu können. Für die Arbeitslosen muß weiterhin gesorgt werden. Der Reichstag wird zu beschließen haben, wie neben den vorhandenen Mitteln noch für weitere 500 000 bis 600 000 Arbeitslose neue Mittel zu beschaffen sind. An der Behebung der großen deutschen Wirtschaftskrise und Arbeitslosennot mögen auch die Gewerkschaften mithelfen.

In der Aussprache erklärte Dr. Croner für die Afl-Gewerkschaften die Solidarität der Angestellten mit der Arbeiterkammer im Kampfe gegen den Abbau der Arbeitslosenversicherung. Die freigewerkschaftlichen Angestelltenverbände lehnen alle Vorschläge ab, die zur Verschlechterung und Zerschlagung der Arbeitslosenversicherung gemacht werden. — Für die Bauarbeiterverbände sprach unserer Kollege Nikolaus Bernhardt. Zunächst ersuchte er den Reichsarbeitsminister, darauf hinzuwirken, daß mit dem Unfug der Gründung von Innungskrankenkassen im Baugewerbe endgültig Schluß gemacht werde. Dann sprach er eingehend über die Krise auf dem Bauplatz, unter der nicht nur die Bauberufe und die Baustoffherstellung leiden, sondern durch die auch noch viele andere Berufe in Mitleidenschaft gezogen werden. Noch nie habe unter den Bauarbeitern eine so furchtbare Not wie heute geherrscht. Ueber 600 000 Bauarbeiter aller Berufe seien arbeitslos. In einigen Bezirken nimmt heute — Ausgangs Mai — die Arbeitslosigkeit unter den Bauarbeitern noch zu. Im vorigen Jahre haben 100 000 organisierte Bauarbeiter noch nicht einmal 26 Wochen Arbeit gehabt. In diesem Jahre werden es mindestens 250 000 sein. Besonders groß ist die Not in der Pfalz. Dort können die Bauarbeiter höchstens mit 11 bis 17 Arbeitswochen im ganzen Jahre rechnen. Und trotz dieser jämmerlichen Zustände will man die Bauarbeiter noch nicht einmal zur Krisenunterstützung zulassen! Die Gewerkschaften tun ihr möglichstes, um das Elend abzumildern. So hat allein der Baugewerksbund seit dem 1. Oktober 1928 bis zum 1. April 1930 für seine Mitglieder 21 Millionen Mark Arbeitslosenunterstützung verausgabt. Wir warnen die Regierenden, dem Willen des Unternehmertums zu folgen! Es gilt, der Arbeiterkammer zu helfen. Sollen die arbeitslosen Bauarbeiter verhungern? Sollen sie zu Verbrennen greifen? Sollen es die Bauarbeiter in der Pfalz so machen wie die Weinbauern, die auch erst Fenster einwarfen, oder noch Schlimmeres tun, ehe man ihnen hilft? Es ist geradezu skandalös, wie man die verelendeten Bauarbeiter in der bestbürgerlichen Presse verleumdete. Mit am unanständigsten hat sich dabei benommen das sogenannte demokratische „Berliner Tageblatt“. Die Sozialdemokratische Partei würde ein Verbrechen begangen haben, wenn sie noch länger bei dem Spiel der Bürgerlichen gegen die Arbeitslosen in der Regierung mitgemacht hätte. Unsere Kundgebung ist ein SOS-Ruf! Er kennzeichnet die ungeheure Gefahr, die das Elend der Massen für den Staat bedeutet. Die Jahreseinkünfte der Bauarbeiter

stehen weit unter dem Durchschnitt. Sogar halbamtliche Stellen, wie die baugewerblichen Berufsgenossenschaften, rechnen aus, daß ein Bauarbeiter nur an 200 Tagen im Jahre Beschäftigung hat. Die bisher beschlossenen Verschlechterungen in der Arbeitslosenversicherung haben sich für viele Bauarbeiter geradezu skandalös ausgewirkt. Und nun möchte man die Krise durch Lohnabbau und Arbeitszeitverlängerung abhelfen. Man möchte das Pferd beim Schwanz aufzäumen. Durch solche Maßnahmen würden Not und Krise nur noch verschärft. Es ist nötig, Auslandskapital für den Wohnungsbau herbeizuschaffen. Eigentum verpflichtet! Die Besitzenden sind in dieser großen Not mit heranzuziehen zu deren Linderung. Möge das Gewissen der Regierung wach werden. Die Arbeiter sind zur Mitarbeit in Staat und Wirtschaft bereit; aber dazu ist Voraussetzung, daß sie nicht wie Parasiten, sondern wie gleichberechtigte Staatsbürger behandelt werden. — Nach Bernhard sprach noch Brandes für die Metallarbeiterschaft. Er wies auf die drohenden scharfen Konflikte in der Schwerindustrie hin und wies die Unsinntigkeit nach, mit der die Schwerindustrie die Wirtschaftskrise befeitigen möchte. Jetzt wolle man die Eisenpreise herabsetzen auf Kosten einer Lohnsenkung. Es ist nicht anzunehmen, daß der Reichsarbeitsminister die allgemeine Lohnkürzung im Metallgewerbe durch eine Verbindlicherklärung unterstützen werde. Für die unheilvollen Folgen hätte er dann die Verantwortung zu übernehmen. Das wäre ein Anschauungsunterricht für den Klassenkampf, wie er aufreizender nicht zu denken ist. Zur Senkung der Eisenpreise ist kein Lohnabbau nötig! Schon längst wird Eisen nach dem Auslande weit billiger verkauft als im Inlande. Durch die verhängnisvolle Kartellpolitik hat man die Eisenpreise in Deutschland künstlich hochgehalten und damit die Ausfuhrpreise für Fertigfabrikate gesteigert. Wir sehen, daß die gleichen Kreise, die ein einmaliges Notopfer der hohen Einkommen von 10 Prozent für untragbar erklären, verlangen, daß die Arbeiterkammer ein dauerndes Lohn-

opfer von 10 bis 15 Prozent bringen soll. So etwas kann sich die Arbeiterkammer nicht gefallen lassen! Der wahnsinnige Zustand bleibt bestehen, daß Millionen Arbeiter acht Stunden und länger arbeiten, Millionen aber arbeitslos sind und aus öffentlichen Mitteln unterstützt werden müssen. Dies System wird durch die Schlichter noch gefördert. Die Kaufkraft der Massen muß durch Preisenkung gestärkt werden. Das schädliche Wirken der Kartelle ist zu brechen. Planmäßige Arbeitsbeschaffung ist nötig. Die Arbeitszeit ist dem Stand der Technik anzupassen. So lange man dies nicht kann, hat das Reich die Mittel zu beschaffen, die der Reichsanstalt zur Unterstützung der Arbeitslosen fehlen.

In einem Schlußwort stellte Grafmann fest, daß die frühere Regierungskoalition zerbrochen sei, weil offensichtlich wurde, daß die den bürgerlichen Parteien angehörenden Minister auf einen Leistungsabbau in der Arbeitslosenversicherung hingesteuert haben. Das konnte die Sozialdemokratie nicht mehr mitmachen! Wenn früher Not und Elend herrschten, dann war Not an Nahrungs- und Existenzmitteln. Heute herrscht große Not, weil ein Uebermaß an Produktionsgütern vorhanden ist! Die breiten Massen können ihren Bedarf nicht decken trotz des Ueberflusses, weil ihnen die nötige Kaufkraft fehlt. Das ist geradezu grotesk und kennzeichnet die kapitalistische Weltordnung. Wir richten an die Reichsregierung einen letzten Appell. Die deutsche Arbeiterkammer hat ihre Freude zur Arbeit nicht verloren. Wir treten auf als Warner und Mahner. Eine schwere Zukunftsaufgabe steht uns bevor. Wir werden aushalten im Kampfe für das Lebensrecht der Arbeiterkammer gegen die gesamte Reaktion. Wir werden aushalten in unserer Ueberzeugung und stark bleiben bis zur Erfüllung dessen, was nötig ist!

Die deutsche Regierung und der Reichstag haben diese letzte Mahnung und Warnung von den Spitzen der bedeutendsten deutschen Gewerkschaften gehört. Mögen sie nunmehr entsprechend handeln!

Die Offensive der wirtschaftlich Unfähigen.

Gegen die Löhne.

Seit Wochen wogt ein harter Kampf um die Löhne und Preise. Die Unternehmer erblicken in den derzeitigen Löhnen das Grundübel der Wirtschaftslage. Sie sind der Meinung oder geben wenigstens vor es zu sein, daß eine Herabsetzung der Löhne das einzige Mittel sei, die Zahl der Arbeitslosen zu vermindern und die Wirtschaft wieder anzukurbeln. Zwischen durch erkennen sie auch das überhöhte Preisniveau an, allerdings mit dem Zusatz, daß man sich zu einer Senkung der Preise bereit erklären würde, wenn die Löhne zur gleichen Zeit ermäßigt werden. Wie immer geht die Schwerindustrie in dem Kampfe um die Ermäßigung der Löhne voran. Auf ihren letzten Tagungen wurde sehr deutlich die Losung ausgegeben: Senkung der Preise nur nach vorheriger Lohnherabsetzung. — Der Großindustrielle Albert Bögl er hat auf der Tagung des Vereins deutscher Eisenhüttenleute das Grundübel der Wirtschaft aufgedeckt, wenn er behauptete: „Wenn wir nach den Gründen fragen, die die heutige Krise hervorgerufen, so müssen wir uns darüber klar sein, daß wir in erster Linie einen Preisabbau herbeiführen müssen, um wieder zu gesunden Verhältnissen kommen.“ Es ist dies sehr deutlich und auch durchaus richtig, aber nun kommt der Pferdesuß, nämlich das Verlangen, zuerst die Löhne zu kürzen. Mittlerweile fand sich Gelegenheit, die Theorie in die Praxis zu überführen. In der nordwestlichen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller sollen die Löhne neu geregelt werden. Die Gewerkschaften forderten Erhöhung der Löhne und die Unternehmer das Gegenteil. Nach langen Verhandlungen fällt der Schlichter einen Spruch, der eine

Senkung der Löhne der Eisenarbeiter vorsieht. Die Gesamtlohnsumme im Bezirk der Eisenindustrie Nordwest beträgt rund 530 Millionen Mark. Von dieser Summe sollen bis zu 10 % eingespart werden. In erster Linie will man die Akkordarbeiter treffen. Dies soll durch die Beseitigung der sogenannten Severingklause geschehen, die eine Kürzung der Akkordverdienste nur zuläßt, wenn sich die Grundlagen technischer Verbesserungen usw. geändert haben. Die reinen Stundenverdienste der niedrig Entlohnerten will man bestehen lassen, einige sogar um ein Geringes erhöhen. Die Verdienste der Arbeiter sollen aber nur vermindert werden, wenn die Eisenindustrie den Abbau ihrer Verkaufspreise einen Monat vorher durchführt, und zwar in einem Umfang, der mindestens dem Ausmaß der zu ersparenden Lohn- und Gehaltssummen entspricht. Man hat dadurch außergewöhnliche Leistungen erzielt. Nunmehr wird die Lichtigkeit bestraft. Die Arbeiter aller Berufe müssen sich dies für die Zukunft merken.

Wo der Hebel anzusetzen wäre.

Der gefällte Schiedsspruch in der Eisenindustrie wird die Parole sein, überall da, wo es möglich ist und wo kürzere tarifvertragliche Bindungen bestehen, Kämpfe zum Zwecke des Lohnabbaues zu entfesseln. Man kleidet dies in das Mäntelchen: Rettung der Wirtschaft. Dabei könnte die Wirtschaft viel eher gerettet werden, wenn die Unternehmer auf der ganzen Linie zu einem Preisabbau übergingen. Namentlich die Kartellpreise sind nach wie vor ungeheuer hoch. Der Stabeisenpreis — um ein jener Schlüsselprodukte herauszugreifen — betrug im Januar 1928 je Tonne 131,65 M., im Januar 1929 war der Preis 141 M., der bis jetzt auf der gleichen Höhe geblieben ist. Die Tonne Feinstkohle kostete Anfang 1928 „nur“ 17,41 M. Seit Anfang 1929 bewegt sich der Preis auf 20,30 M. Vom Januar 1929 bis April 1930 ist der Index der Großhandelspreise von 132,3 auf 126,4 gesunken.

Der Index der freien Warenpreise sank in der gleichen Zeit von 111,5 auf 100,0. Die Preise für die Standardprodukte sind also auf ihrer alten Höhe stehengeblieben, während die allgemeinen Warenpreise um nicht geringe Maße sanken. Hier ist der Punkt, wo der Hebel schon längst hätte angelegt werden können. Statt dessen entfesselt man einen Kampf, um die sowieso schon sehr niedrigen Löhne abzubauen. Wie niedrig der Lohnsatz im Industriegebiet ist, geht aus einem Artikel hervor, den der Chefredakteur des Handelsblattes der „Vossischen Zeitung“ auf Grund einer Studienreise im Industriegebiet am 25. Mai veröffentlichte: „Die Arbeiterlöhne in der Schwerindustrie sind, obwohl der Reallohn um einige Prozent über der Vorkriegszeit liegt, noch immer recht bescheiden. Der Bergarbeiter erhält für die Achtfundendehnte unter Tage, für neun und zehn Stunden über Tag durchschnittlich 9,40 M. Der besser bezahlte Häuer ist also jetzt bei zwei Feierschichten auf 45 bis 50 M die Woche angelangt. In der Eisenindustrie ist das der Normallohn, und wenn zwei unfreiwillige Ruhetage ihm abgezogen werden, bekommt er am Lohnstag 30 bis 35 M heraus. Eine Feierschicht mehr, und das Existenzminimum, das die Arbeitslosenversicherung ihnen gewährt, ist unterschritten.“

Die gewerkschaftliche Lohntheorie ist richtig.

Ueber die Lohntheorie der Gewerkschaften ist in der letzten Zeit sehr viel geschrieben worden. Man glaubte ihren Bankrott feststellen zu müssen. Dabei wird es jetzt jedem klar, daß, nachdem der Produktionsapparat mit allen Mitteln verbessert wurde, eine Stärkung der Massenkraft eintreten muß. Im Handelsblatt des „B.Z.“ Nr. 243 kommt der Wirtschaftspolitiker Felix Pinner auf die Ankurbelung der Wirtschaft zu sprechen. Nachdem er die gewerkschaftliche Auffassung von der Kräftigung der Massenkraft richtig dargestellt hat, schreibt er: „Der richtige Kern, der in dem oben erwähnten gewerkschaftlichen Gedankengang steckt, kann aber vielleicht noch fruchtbarer gemacht werden, und gerade dafür bietet die jetzige Situation, so schlimm und schwierig sie in vieler Hinsicht auch sein mag, eine Chance von seltener, vielleicht nicht so bald wiederkehrender Gunst.“ Hier wird die Auffassung der Gewerkschaften, wenn auch mit gewissen Einschränkungen, durchaus anerkannt. Die breitere Öffentlichkeit muß noch mehr davon überzeugt werden, daß die Hebung der Kaufkraft das einzige richtige ist. Deshalb müssen die Bestrebungen abgelehnt werden, die darauf hingingen, die Löhne zu senken, wodurch das Uebel nur verschlimmert wird.

Der tiefere Kern der Kämpfe um Lohn und Sozialpolitik.

Es geht bei den ganzen Aktionen nur scheinbar um Löhne und Preise. In Wirklichkeit steckt etwas ganz anderes dahinter. Die derzeitigen Lohnkämpfe sind nur ein Vorpostengeplänkel für die große, schwere Auseinandersetzung zwischen den beiden Gruppen Kapital und Arbeit. Der tiefere Kern wird sehr deutlich in einem Leitartikel des „B.Z.“ vom 27. Mai herausgeschält. Der Verfasser des Artikels erklärt, daß die Auseinandersetzungen auf dem Schlachtfelde der Lohn- und Sozialpolitik Vorpostengefechte seien, die in Wirklichkeit um den Bestand und die weitere Verwirklichung der Weimarer Verfassung geführt würden. Die Industrieführer bestärkten die Regierung, eine großzügige Senkung sämtlicher Löhne und Gehälter von Staats wegen herbeizuführen. Dann heißt es wörtlich: „Sie reden von Lohn, von der Sozialversicherung und von größerer Elastizität des wirtschaftlichen Organismus, aber sie meinen mehr. Sie meinen Zurückdrängung des Einflusses der Werkstätten in der Politik. Sie meinen einseitige Herrschaft des Unternehmertums.“

das sich als „die Wirtschaft“ schlechthin aus gibt. Sie meinen die langsame „evolutionäre“ Abkehr von den Er rungenschaften der Staatsumwälzung, die sie als „sozialistische Mißwirtschaft“ verleumdern. Und das neue Weimar des Herrn Frick, in dem die industrielle Deutsche Volkspartei mit den Nationalsozialisten in einem und demselben Kabinett paktiert, ist ihnen immerhin ein liebreiz, ver wandteres Symbol als das alte Weimar der Nationalver sammlung und der Verfassung.“

Zieht daraus den richtigen Schluß!

Wenn ein bürgerlicher Schriftsteller die Bedeutung der gegenwärtigen sozialen Kämpfe richtig erkennt, so sollten erst recht und besonders die Gewerkschaftsmitglieder ihre Schlüsse daraus ziehen. In dieser Stelle wurde immer wieder darauf hingewiesen, daß die inneren Kämpfe nach Abschluß der Reparationsverhandlungen erst beginnen werden. Die Macht der sozialen Gruppen im Wirtschafts- und Gesellschaftsleben steht noch keineswegs fest, sondern muß erkämpft und schließlich auf die Dauer befestigt werden. Und weil dem so ist, deshalb müssen die Gewerkschaften gerüstet sein. Wenn je, dann ist jetzt unbedingt Festhalten an den Er rungenschaften das Gebot der Stunde. Aber dabei wollen wir nicht stehenbleiben, sondern wir werden zu einem Gegenschlag ausholen, wenn die Unter nehmer glauben, die gegenwärtige Wirtschaftslage zu einem Gewaltfreiz ausnutzen zu können. Deshalb rufen wir immer erneut der Arbeiterschaft zu: Seid gewarnt und rüftet!

Warnung vor Kanada!

Ein Maurerkollege schreibt uns aus Toronto in Kanada folgendes: „Wie auch in Europa bekannt, herrscht in Amerika, wozu auch Kanada gehört, eine sehr große Arbeitslosigkeit. Trotzdem wird von einer Stelle — wahrscheinlich stecken Schiffahrtsgesellschaften dahinter — die große Reklamefrommel gerührt für die Auswanderung nach Kanada. Durch Lichtbildervorträge und anderen Samtam wird die Reklame wirksam unterstützt. Leider fallen viele Arbeiter auf diesen Schwindel herein. Diesen Reklamemachern ist es nur darum zu tun, das Geld, das sich ein Arbeiter oder kleiner Angestellter mühsam zu sammelt, in die Taschen der Schiffahrtsgesellschaften verschwinden zu lassen. Denn wenn so ein Ein wanderer am Bestimmungsort angekommen ist, dann kümmert sich kein Mensch mehr um ihn. Zumeist steht er dann rat- und arbeitslos da. Er verzeht das ihm etwa noch verbliebene Geld und hat nachdem die Aussicht — denn kein Konjulat kann ihm helfen — elendig zu ver bungen oder sich auf der Landstraße herumzutreiben. Wenn in Kanada wirklich eine Arbeiterknappheit vorhanden wäre, dann würden wir, die wir schon länger im Lande sind, dies unseren Bekannten und Verwandten, die ihr Auskommen in Deutschland nicht mehr finden können, mitteilen. Dies geschieht jedoch wegen der großen Arbeitslosigkeit nicht. Das ist aber auch der Grund, daß weniger Leute nach hier kommen; die Schiffe müßten unter diesen Umständen nach hier leer fahren oder die Schiffahrtslinien eingeschränkt werden.“

Wie steht es nun mit den Arbeitsmöglichkeiten im Baugewerbe? In Kanada gilt der Achtstundentag mit einem Stundenlohn von 1,25 Dollar. Die Unternehmer suchen sich hier ebenso wie in anderen kapitalistischen Ländern die billigsten Arbeitskräfte aus. Die Maurer in Kanada sind sämtlich oder doch zum größten Teil organi siert. Wer ist nun der Dumme? Der Auswanderer! Er ist der Sprache nicht mächtig und mit den Verhältnissen nicht vertraut. Seine Bezahlung ist dementsprechend: 30 bis 40 Cent die Stunde. Mancher wird annehmen, wenn ein Maurer 1,25 Dollar je Stunde erhält — das sind nach deutschem Gelde etwa 5,25 M —, daß dies ein hoher Lohn sei. Das trifft ganz und gar nicht zu. Ein Dollar gilt in Kanada nicht viel mehr als in Deutschland eine Mark. Ferner muß man den langen kanadischen Winter in Be tracht ziehen. Im Winter wird in der Regel 3 bis 4 Monate gefeiert. In anderen Berufen liegt es ähnlich. Überall herrscht Arbeitslosigkeit, überall werden die Löhne gedrückt, denn kein Unternehmer ist gezwungen, den Tariflohn zu zahlen; hierüber besteht keine gesetzliche Bestimmung. Die Kollegen in Deutschland seien also ernstlich vor einer Auswanderung in dieser Zeit nach Amerika gewarnt.“

Bausparkassen und freie Gewerkschaften.

Die Bundesvorstände des Allgemeinen Deutschen Ge werkschaftsbundes und des Allgemeinen freien Angestelltenbundes haben nach eingehenden Beratungen des von ihnen eingesetzten, aus Vertretern der Spitzenorganisationen und Wirtschaftsunternehmungen der freien Gewerkschaften gebildeten Bausparkassenausschusses scharf ablehnende Be schlüsse in der Bausparkassenfrage gefaßt. Als Extrait dieser Beschlüsse wäre die folgende Erklärung aufzufassen: „Die seit 1924 in Deutschland gegründeten kollektiven Eigenheim-Bausparkassen sind ungeeignet für die Ver besserung der Wohnungsversorgung der Arbeiterschaft. Das Eigenheim-Bausparen bringt derart hohe finanzielle Lasten mit sich, daß es bei angemessenen Sparzeiten für die Arbeiter und Angestellten nicht in Frage kommt. Es erfordert nicht nur hohe, sondern auch gesicherte und gleich bleibende Einkommen auf viele Jahre hinaus, über die Arbeiter und Angestellte im allgemeinen nicht verfügen. Jede Bausparkasse — das gilt auch für die wenigen ge schäftlich soliden geleiteten — ist eine Lotterie, gleich gültig, nach welchem „Zuteilungssystem“ sie arbeitet. Ent sprechend dem Aufkommen an Spar- und Tilgungsbeträgen kann jeweils nur ein Teil der Darlehensreflektanten be friedigt werden. Zu welchem Zeitpunkt der einzelne den beanspruchten Eigenheimkredit erhält, ist ungewiß. Der Sparer wird durch die Lottereaussicht angelockt, frühzeitig — und zwar auf Kosten seiner weiter wartenden Spar genossen — einen billigen Eigenheimkredit zu erhalten. Er geht dabei das Risiko ein, bis zum Ende der langjährigen Sparzeiten (bis zu 20, ja 50 Jahren) warten zu müssen. Die regelmäßig einzuzahlenden Sparbeträge sind bis zur ungewissen Zuteilung, also unter Umständen auf Jahrzehnte, bei unternormaler Verzinsung festgelegt. Bei Vertrags kündigungs werden die Sparguthaben nicht ausgezahlt. Da durch schwächt das Bausparen bei Verschlechterung der per sönlichen Verhältnisse des Sparerers, besonders bei Arbeitslosigkeit, die wirtschaftliche Widerstandsfähigkeit des Sparerers.“

Die Bausparkassen beruhen auf einer Reihe von Illusionen der Sparerer, die durch die gewissenlose Propa ganda der meisten Bausparkassenteiler gefördert wird. Die niedrigen Darlehenszinssätze der Bausparkassen sind nur möglich, weil die Einlagen niedrig verzinst werden. Nur der einzelne Bausparer kann Zinsgewinne auf Kosten seiner Spargenossen machen. Eine allgemeine Verbilligung des Eigenheimsparens können auch die Bausparkassen nicht bieten. Da eine Beleihungsgrenze für Bausparkassendarlehen eingehalten werden muß (80 bis 90 % des Bau- und Bodenwertes), wird ein Bausparkassendarlehen nur ausgezahlt, wenn ein Eigenkapital des Sparerers (10 bis 20 % des Bau- und Bodenwertes) vorhanden ist, das bei den heutigen Finan zierungsverhältnissen zum Bauen ohne Hilfe einer Bauspar kasse ausreicht. Für Bausparer ohne besonderes Eigenkapital außer dem Sparguthaben — also im Normalfall inner halb der Schichten, für deren Wohl die Bausparkassen zu arbeiten vorgeben — lohnt sich der Beitritt zu einer Bausparkasse nicht, da ihre Mindestsparzeiten, die ohnehin nur Lotteriehancen sind, erheblich über den angegebenen Mindestsparzeiten liegen. Der Bausparer hat nur dann die Garantie, seinen Eigenheimplan durchzuführen, wenn die Baukosten, die Hypothekenzinssätze und die Hauszins steuerpolitik sich innerhalb der in Frage stehenden langen Bausparzeiten nicht wesentlich ändern. Die Entwicklung dieser Faktoren ist jedoch ziemlich ungewiß.“

Die Beleihungsgrenze für Bausparkassendarlehen (80 bis 90 % des Bau- und Bodenwertes), die so hoch ange setzt werden muß, um überhaupt Vorteile der Bausparer in bezug auf die Sparzeit entstehen zu lassen, ist derart un gewöhnlich im Vergleich mit den sonst üblichen Sicherungen im Realkreditgeschäft, daß auch bei einwandfreier Ver-

Jugendverbandstag!

Der Bundesvorstand hat beschlossen, den dritten Jugendverbandstag für Sonnabend, den 2. und Sonntag, den 3. August 1930, in das Bundesschulheim am Werlsee bei Berlin, einzuberufen.

Für die Tagesordnung sind folgende Punkte vorge sehen:

- 1. Geschäftsbericht der Reichsjugendleitung.
- 2. Unsere Aufgaben in der Jugendarbeit.
- 3. Lehrlingsrechte und Reichstarifvertrag.
- 4. Die Ausbildung der Lehrlinge und unsere Auf gaben.
- 5. Beratung der an den Bundestag gestellten Anträge und Beschlüßfassung hierüber.
- 6. Wahl der Abgeordneten zum Bundestag; Wahl des Reichsjugendleiters.

Anträge zum Jugendverbandstag müssen bis zum 17. Juli 1930 dem Bundesvorstand eingegangen sein. Die Bekanntgabe der Anträge geschieht in dem am 26. Juli erscheinenden „Grundstein“. Die Zahl der zu wählenden Abgeordneten zum Jugendverbandstag und die Wahlordnung werden durch die Bezirks vorstände bekanntgegeben.

Der Bundesvorstand.

waltung der Bauspargelder die Sicherheit der Einlagen keineswegs gewährleistet ist, zumal die Bausparkardarlehen oft für unrentabel und in schlechter Verkebrslage gebaute Eigenheime begeben werden.

Selbst bei geschäftlich solider Leitung bleibt das Ver fahren der Bausparkassen fragwürdig. Schon heute sind die ersten Anzeichen einer starken Ernüchterung der Bausparer festzustellen. Mit der Zeit muß die Erbitterung der Bausparer über ihre tatsächlichen Sparzeiten steigen, müssen ihre Illusionen über die finanziellen Lasten und die Risiken der Bausparkassenteiler zerfallen. Die Aufklärung über die unverantwortlichen Werbemethoden, die sozial ungerechten Zuteilungspläne und den parkassentechnischen Dilettantismus der meisten Bausparkassen muß um sich greifen. Der große Kladderadatsch im Bausparkassenwesen wird dann unvermeidlich.

Es muß die Aufgabe des in Vorbereitung befindlichen Bauspargesetzes sein, die kommende Bausparkassenkrise durch streng vorbeugende Maßnahmen abzumildern. Dazu gehören materielle Bestimmungen über die Organisation und die Geschäftspläne der Bausparkassen und nicht nur rein formale Bestimmungen über Aufsicht, Rechtsform und Publizität.

ADGB und AFU-Bund warnen mit allem Nachdruck vor den privaten Bausparkassen, in denen die Benachteiligung des ärmeren Sparerers, der nur Normalleistungen aufbringen kann, Grundlag ist und bei denen in vielen Fällen nicht die Garantie einer sachgemäßen geschäftlichen Leitung gegeben ist. Sie sprechen die Erwartung aus, daß die öffentlichen Bausparkassen, denen eine wichtige Rolle bei der Liquidation der Bausparkassenkrise zukommen dürfte, mit der Klärung der wirtschaftlichen Gesamtlage zu weniger problematischen Bauweckspartformen übergeben.

Gegenüber der Propaganda der Eigenheim-Bauspar kassen verweisen ADGB und AFU-Bund mit allem Nachdruck darauf, daß das kollektive Bausparen für den Wohnungs bau in soliden und erprobten Formen seit Jahrzehnten von den Wohnungsbaugenossenschaften gepflegt wird. Da sie sich auf die Ersparung des Restgeldes für rational und billig gebaute Genossenschaftswohnungen unter Heranziehung billiger fremder Gelder beschränken, ist hier die Beteiligung von Angehörigen der unteren Volksschichten nicht nur möglich, sondern Grundprinzip.

Nicht das fragwürdige Experiment der Bausparkassen, sondern die auf dem breiten Fundament der Arbeiterbewegung ruhenden Baugenossenschaften weisen Arbeitern und Angestellten den Weg einer kollektiven Selbsthilfe gegen das Wohnungselend.“

Die freigewerkschaftlichen Spitzenverbände empfehlen demnach nur das kollektive Bausparen für den Wohnungs bau in den Wohnungsbaugenossenschaften. Sie verwerfen jedoch das System der Bausparkassen. Im „Grundstein“ ist von verschiedenen Kollegen über das Für und Wider der Bausparkassen bereits gefritten worden. Die Meinungen waren geteilt. Zu beachten ist, daß sich die Er-

klärung des ADGB und des AFU-Bundes mit geringen Einschränkungen sogar gegen die „wenigen geschäftlich soliden“ geleiteten Bausparkassen wendet. Sie sollte deshalb unsere Mitglieder zu starker Nachachtung anregen. Und da jetzt von den höchsten gewerkschaftlichen Spitzenkörperschaften nach eingehender Prüfung ein wohlbeachtliches Urteil vorliegt, möchten wir eine etwaige weitere Dis kussion über diese Frage auch im „Grundstein“ ausschalten. Eine solche Aussprache mündete schließlich ins Uferlose und könnte nur die Geister verwirren. Darum Schluß damit auch im „Grundstein“! Die höchsten Spitzenkörperschaften haben in dieser Frage nach genauer Prüfung und Überlegung ihr Urteil gefällt. Man kann natürlich keinen in solchen Dingen zwingen. Aber die Arbeiter sind gewarnt. Das muß jedem Denkenden genügen.

Notizrei einer schönen Unternehmerfeele.

Man kann es den sogenannten Führern der deutschen Wirtschaft nicht verdenken, wenn sie den Ursachen der Wirtschaftsnote nachspüren. Wenn sie und ihre Stiefelputzer sich dabei immer wieder blamieren, kann uns das nur recht sein. Denn dadurch geht der Nimbus dieser „Wirtschaftsführer“, von dem sich in Deutschland noch viele Menschen betören lassen, zum Teufel.

Unter der Ueberschrift „Deutsche Wirtschaftsnote, ihre Ursachen und Abhilfe“ setzt sich Herr Direktor Dr. H. Preußler im „Arbeitgeber“ Nr. 10 mit diesem Thema auseinander. Seine Behauptung, Deutschland habe Jahre hindurch eine sozialistische Regierung, ist zwar erlogen, aber sein weiteres Bekenntnis, daß es deren „Hauptziel war, die Daseinsberechtigungen des Arbeiterstandes zu heben“, mögen sich jene Kollegen merken, die „grundsätzlich“ jede Regierungskoalition ablehnen. Abschmangel und Wettbewerbsunmöglichkeit sind, so sagt Preußler, die Ursachen der Arbeitslosigkeit. Den Abschmangel und damit die Arbeitslosigkeit durch Kaufkraftsteigerung zu beseitigen, wie das die logische Schlußfolgerung wäre, fällt aber diesem Herrn natürlich nicht ein. Denn dann müßten die Unternehmer alle liebgewordene Redensarten über Bord werfen. Es ist ja viel bequemer, nach Lohnsenkung und Verlängerung der täglichen Arbeitszeit zu schreiben. Geistige Unkosten kommen dabei nicht in Betracht. Die Arbeitszeit ist eine Ware. „Überall, wo im Wirtschaftsleben das Angebot größer ist als die Nachfrage, sinkt der Preis des Angebots, das ist ein Wirtschaftsgesetz, das sich wohl biegen, aber nicht brechen läßt. Und diesem Gesetz stemmen sich die Gewerkschaften entgegen.“ Bitte, Herr Direktor, welchen Zweck haben denn eigentlich Kartelle und Trusts? Wird hier nicht dieses „Wirtschaftsgesetz“ zum Schaden der Verbraucher gebrochen? Und haben Schutzzölle nicht ebenfalls den Zweck, Angebot und Nachfrage künstlich zu regulieren, um die Preise zu erhöhen? Wie wollen Sie es da den Gewerkschaften zum Vorwurf machen, wenn sie die Arbeitskraft gegen übermäßige Ausbeutung in Schutz nehmen? Und wie tief müßte da wohl nach diesem „Wirtschaftsgesetz“ bei drei Millionen Arbeitslosen der Arbeitslohn sinken? Nein, werkester Herr Direktor, Sie können uns mit ihrem „Wirtschaftsgesetz“ gestohlen bleiben! Das mancherliche Zeitalter ist auch für die Arbeitskraft unwiederbringlich vorbei.

Die Arbeitskraft ist kein Pfund Butter. Die Arbeitskraft ist ein Teil des lebendigen Menschen, der sich gegen seine Gleichstellung mit irgendeiner Krämervare wehrt. Preußler führt auch die Ausnahmeverhältnisse während des Krieges ins Feld und ruft aus: „Welche Auswüchse eine Wirtschaft zeitigt, wenn sie einem künstlichen Zwang unterworfen wird, haben wir während des Krieges gesehen!“ Also weg mit den Tarifverträgen, mit dem Schlichtungs wesen, mit dem Betriebsrätegesetz und all dem anderen „Schwindel“! Freie Bahn dem Ausbeutungswillen der Unternehmer!

Leider ist die Arbeiterschaft von der Gutherzigkeit der Unternehmer nicht zu überzeugen. „Die Armen sind zu bedauern, die durch den Unverstand ihrer Führer ihren irdentlichen Lebensunterhalt einbüßen und in diesen selben Leuten ihre Wohltäter erblicken.“ So sagt dieser Herr Direktor. Es ist einfach rührend, wie er sich um die Arbeiterschaft sorgt. Unwillkürlich treten einem beim Lesen dieses Satzes die Tränen in die Augen.

Eine andere Ursache der Arbeitslosigkeit soll nach Preußler die zwangsweise Abschaffung unserer Wehrmacht sein. Ein Vorschlag, Herr Direktor! Sie sind doch sicher mit uns der Ueberzeugung, wenn Deutschland nicht z w a n g s w e i s e hätte abrüsten müssen, daß auch heute noch Geld genug für militärische Zwecke in Deutschland vorhanden wäre. Dann würde man sich wahrscheinlich nicht um ein oder zwei Panzerkreuzer herumzanken, sondern um ganze Geschwader! Bilden wir uns einmal ein, Herr Direktor, wir hätten das Heer, das Deutschland nach ihrer Ansicht notwendigerweise haben müßte. Versuchen Sie mich gut: Nur in der Einbildung. Mit dem Gelde, das diese Soldaten nebst Zubehör kosten würden, unterfüttern wir heute arbeitsunfähige und ältere Arbeiter. Statt Kanonen bauen wir gesunde Wohnungen, statt der Exerzierplätze bauen wir Stadions. An Stelle der Kasernen richten wir Schulen ein. Ihnen und Ihren gleichgesinnten Volksgenossen würden auf Staatskosten, um die Einbildung zu stärken, Brillen mit selbstgrauem Glas zur Verfügung gestellt. Der kleine Unterschied in der Verwendung der Gelder würde Ihnen dann gar nicht auffallen ...

Ferner kritisiert dieser Herr Direktor, daß trotz allen Herumkurierens an der Wirtschaft das Grundübel der Wirtschaft unberührt bleibe. Das Grundübel, Herr Direktor, ist eben die kapitalistische Wirtschaft selber. Und es wird nur mit dieser kapitalistischen Wirtschaft verschwinden! Preußler schließt seine Betrachtungen mit dem schönen Spruch: „Nach Männer schreit die Zeit, Tod aller Weichlichkeit!“ Nach Männer schreit die Zeit! Das geht auf Demokratie und Republik. Tod aller Weichlichkeit! Damit „sanier“ man die Arbeitslosenversicherung. Eine Seele von einem Menschen, dieser Direktor Dr. H. Preußler ... p p.

Daran gehen so viele Eben in die Brüche, daß einer den andern drängen und zwingen will, zu denken und zu tun wie er selbst. Ich meine im Gegenteil, man muß den andern in seinem Eigenen, wenn es nicht gar zu unklug ist, bestärken, damit man doch einen ganzen Menschen neben sich habe. Frentzen.



Plus dem Arbeitsrecht

Streik und Kündigung.

Ein Urteil des Reichsarbeitsgerichtes vom 26. Juni 1929 (RAG. 662/28) gibt Anlaß, die Stellung des höchsten Gerichtshofes zur Frage Streik und Kündigung kritisch zu beleuchten.

Es handelte sich um einen Urlaubsanspruch. Nach dem maßgebenden Tarifvertrag ging der Anspruch verloren, wenn der Arbeiter aus einem der Gründe des § 123 der Gewerbeordnung mit Recht fristlos entlassen wurde. Die fristlose Entlassung wurde vom Unternehmer wegen der Teilnahme des Arbeiters an einem Streik ausgesprochen. Das Landesarbeitsgericht hatte das nicht anerkannt, sondern dem Arbeiter die Urlaubszeitung zugesprochen, weil er unter Bedingungen gestreikt hatte, die ihn auch zur dauernden Niederlegung der Arbeit berechtigt hätten. Das Reichsarbeitsgericht aber wies die Klage ab mit der Begründung, daß Streik keine Kündigung sei. Es führt in der Begründung aus: „Das Berufungsgericht erachtet die Bestimmung des § 123 G.O. Ziffer 3 nicht für anwendbar, weil der Kläger nach § 5 der einschlagenden Arbeitsordnung befugt gewesen wäre, das Arbeitsverhältnis jederzeit ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist zu lösen und weil ihm hiernach auch das weniger weitgehende Recht zugestanden habe, die Arbeit zeitweilig einzustellen. Von diesem Rechte habe er durch die Niederlegung der Arbeit anläßlich des Streiks Gebrauch gemacht, so daß von einer unbefugten Arbeitsverweigerung keine Rede sein könne. Diese Begründung geht fehl. Es war das gute Recht des Beklagten, den eine Kampfmaßnahme darstellenden Eintritt der Belegschaft in den Streik mit einer entsprechenden Gegenmaßnahme zu beantworten und als eine solche ist die Aufforderung der Beklagten zur Wiederaufnahme der Arbeit anzusehen (vgl. RAG. Bd. 3 S. 72). Der Kläger kann demgegenüber nicht geltend machen, er habe durch die Niederlegung der Arbeit bereits zu erkennen gegeben, daß er das Arbeitsverhältnis der Arbeitsordnung entsprechend für sofort kündige und daß deshalb für eine Zuwiderhandlung gegen den Arbeitsvertrag durch Arbeitsverweigerung und für eine Kündigung der Beklagten aus Anlaß der letzteren kein Raum mehr gegeben sei. Denn nach der herrschenden, auch von dem Reichsarbeitsgericht geteilten Meinung pflegt mit einem Streik ebenso wenig wie mit einer Aussperrung die Lösung des Arbeitsverhältnisses beabsichtigt zu sein, beide Teile rechnen vielmehr damit, daß nach Beendigung des Arbeitskampfes das bisherige Arbeitsverhältnis — wenn auch vielleicht in etwas abgeänderter Weise — fortgesetzt wird (vgl. RAG. Bd. 2 S. 261).“

Diese Begründung muß den überraschen, der die Entwicklung der Rechtsprechung auf diesem Gebiete kennt. Gewiß ist es altgeübte Rechtsauffassung, daß Kampfmaßnahmen des Berufsverbandes kein Recht zur Verletzung des Arbeitsvertrages geben. Auf die vom Landgericht Frankfurt a. M. 1923 zuerst ausgesprochene Gegenmeinung, daß die Teilnahme an einem von der Gewerkschaft ordnungsmäßig eingeleiteten Streik die Verletzung der Vertragspflicht einschuldigt, soll hier nicht eingegangen werden. Bleiben wir bei der alten Auffassung, daß der Kampfzweck die Vertragsverletzung nicht einschuldigt. Daraus ergibt sich, daß der Arbeiter, der ohne ordnungsmäßige Lösung des Arbeitsverhältnisses die Arbeitsleistung verweigert, sich einer Verletzung der Hauptpflicht aus seinem Arbeitsvertrage schuldig macht, und wenn die Arbeitsverweigerung beharrlich ist, nach § 123 Ziffer 3 der G.O. fristlos entlassen werden kann.

Der Wunsch der Gewerkschaften, solche Folgen zu vermeiden und rasche Kampfmaßnahmen ohne Vertragsbruch zu ermöglichen, ist einer der Hauptgründe, die zu der Beseitigung der in der G.O. als regelmäßig vorausgesetzten und früher auch üblichen Kündigungsfrist von 14 Tagen geführt hat. In dem vorliegenden Falle war diese Möglichkeit in vollster Weise gegeben. Die Arbeitsordnung berechnete Arbeiter, jederzeit die Arbeit sofort niederzulegen. Also nicht einmal an den Ablauf des Tages war die Kündigung gebunden. Trotzdem sieht das Reichsarbeits-

gericht im Streik einen Vertragsbruch. Es führt dazu aus: „Das Recht der Kündigung schließt auch nicht, wie das Landesarbeitsgericht meint, das Recht der zeitweiligen Einstellung der Arbeit in sich. Diese stellt sich nicht als die Ausübung einer im Kündigungsrecht mitenthaltenen Befugnis dar, sondern bedeutet etwas hiervon wesentlich Verschiedenes. Sie läuft dem Sinn und Zweck des Arbeitsvertrages zuwider, während die Kündigungsbefugnis mit ihm durchaus vereinbar und in aller Regel mit ihm verbunden ist. Der Kläger hat aber seine Vertragspflicht verletzt, indem er die Aufforderung der Beklagten, seine Tätigkeit fortzusetzen, unbefolgt ließ. Dieses sein Verhalten kann im Hinblick auf den Streik, der ihm zur Einstellung der Arbeit Anlaß gab, nur als der Ausdruck des Willens aufgefaßt werden, daß er sich keinesfalls der Anordnung der Beklagten fügen werde. So verstanden stellt es sich als eine beharrliche Arbeitsverweigerung dar.“

Sicher ist das alles sehr schön logisch. Nur wird die Arbeiterschaft es nicht als richtig anerkennen, weil es ihr gegen den gefunden Verstand geht. Unsere Rechtsordnung hat die ihr neue Erscheinung der zeitweiligen Unterbrechung des Arbeitsverhältnisses zu Kampfzwecken noch nicht verdammt. Der Entwurf des Arbeitsvertragsgesetzes, den der Arbeitsrechtsausschuß 1923 vorgelegt hat, gibt die vernünftige Lösung: Streik und Aussperrung bedeuten im Zweifel nicht Kündigung. Sie sind aber nicht vertragswidrig, wenn die Kündigungsbedingungen eingehalten werden. Wenn also nach Ablauf einer Frist von 14 Tagen ausgesperrt wird, dann soll sie nicht vertragswidrig sein, auch wenn nicht das Wort „kündigen“, sondern das Wort „aussperrn“ gebraucht wird. Und wenn, wie hier, die Arbeitsordnung erlaubt, daß in jedem Augenblicke „gekündigt“ wird, dann soll der Arbeiter auch zum Zwecke des Streikes jederzeit die Arbeit niederlegen können, ohne daß er seine Pflicht dem Unternehmer gegenüber verletzt.

Diese vom Ausschuss vorgeschlagene Lösung ist sicher richtig und entspricht auch dem heute schon geltenden Rechtsempfinden. — Wenn das Reichsarbeitsgericht sie ausdrücklich ablehnt, so ist das um so merkwürdiger, als es wiederholt entschieden hat, daß auch eine richtige Kündigung, wenn sie zu Kampfzwecken geschieht, nicht das Arbeitsverhältnis beendet. Zu dieser Anschauung drängte eine andere Schwierigkeit. Wenn der Arbeitskampf beendet ist und wieder Friede vereinbart wird, dann heißt es gewöhnlich: Die Arbeit wird wieder aufgenommen, die entlassenen Arbeiter werden wieder eingestellt; die Kündigungen werden zurückgenommen; oder das Arbeitsverhältnis gilt als nicht unterbrochen. Solche Friedensabkommen mit Wiedereinstellungsklauseln beseitigen alle privatrechtlichen Folgen des Arbeitskampfes; sowohl die Kündigung wie den Vertragsbruch. Sie können aber nicht die öffentlich-rechtlichen Folgen der Unterbrechung der Arbeitsverträge beseitigen. Zu ihnen gehört das Erlöschen des Betriebsratsamtes mit der Beendigung des Arbeitsverhältnisses. Ist durch Kündigung der Arbeitsvertrag aufgehoben, so ist das Amt damit erloschen. Die Parteien können bei Neubegründung des Arbeitsvertrages vereinbaren, daß das neue Arbeitsverhältnis als Fortsetzung des alten gelten soll. Aber sie können nicht ein erloschenes Betriebsratsamt wieder zum Aufleben bringen. Sondern dies Amt entsteht nur durch ordnungsmäßige Wahl der Belegschaft. Da es nun nach jeder Richtung hin unzweckmäßig wäre, wenn nach Beendigung eines Arbeitskampfes in allen Betrieben neue Betriebsräte gewählt werden müßten, so ist die Rechtsprechung auf den verständigen Ausweg verfallen, daß durch Arbeitskämpfe das Arbeitsverhältnis nicht wirklich beendet werde. Auch wenn formell gekündigt wird, wenn der Unternehmer die Arbeitsniederlegung der Arbeiter mit fristloser Entlassung beantwortet (wie im vorliegenden Falle) oder wenn die Massenrückündigung durch Aussperrung vorgenommen wird, bewirkt diese „Kündigung“ nicht die Auflösung des Arbeitsverhältnisses, sondern nur das Ruhen der gegenseitigen Rechte und Pflichten. Erst bei Beendigung des Kampfes, bei der kollektiven Neuregelung durch den

Friedensschluß stellt sich heraus, ob die Kampfmaßnahmen zur Beendigung oder nur zur Unterbrechung der Arbeitsverhältnisse geführt haben.

Hier wird das Wesen der Vorgänge über die äußere Form gestellt. Die Gerichte erkennen an, daß die Rechtsformen der Entwicklung des wirklichen Lebens nicht angepaßt sind. In dem Zwiespalt zwischen dem, was die Parteien des Arbeitsverhältnisses rechtlich erklären und dem, was sie wirklich wollen, stellt die Rechtsprechung sich auf den richtigen Standpunkt, daß der wirkliche Wille den Vorrang haben soll. Trotzdem also eine Partei ordnungsmäßig „kündigt“, hat diese Kündigung nicht die in der Rechtsordnung vorgesehene Rechtsfolge, daß das Arbeitsverhältnis endet, sondern die vom kündigenden gewollte und vom Gegner richtig verstandene Folge, daß das Arbeitsverhältnis nur unterbrochen wird. (So das Reichsarbeitsgericht 3. B. in den Entscheidungen vom 29. Mai 1929, RAG. 588/28 und vom 19. Juni 1929 RAG. 664/28 vgl. Rechtsprechungsbeilage des „Arbeitsrechtes“ 1929 Nr. 2139, 2222, 2369.) — Diese Rechtsanwendung entspricht durchaus dem vom Reichsarbeitsgericht wiederholt ausdrücklich anerkannten und im Steuerrecht ausdrücklich anerkannten Grundsatz, daß der wirtschaftliche Inhalt eines Rechtsvorganges wichtiger ist als die juristische Form. Aber wenn man auf diesem Teilgebiet des Arbeitsrechts diesen Grundsatz anerkennt, muß man es auch auf anderen Gebieten tun. Wenn man hinsichtlich der Betriebsvertretung die in der Kündigung erklärte Beendigung des Arbeitsverhältnisses mit einer nur kurzen Unterbrechung gleichsetzt, darf man auch hinsichtlich des Urlaubsanspruchs die Arbeitsniederlegung nicht anders behandeln wie die Kündigung. Wenn das Reichsarbeitsgericht am Schluß der in Betracht stehenden Urteilsbegründung sagt, daß für einen Irrtum des Arbeiters darüber, ob er zur Fortsetzung der Arbeit verbunden war, nicht der mindeste Anlaß bestand, so trägt dieser Satz doch den Verhältnissen nicht Rechnung. Wenn die streikenden Arbeiter sich überhaupt Gedanken darüber gemacht haben, ob ihr Vorgehen rechtlich zulässig sei, dann haben sie ganz sicher geglaubt, daß sie die Arbeit vorübergehend zu den gleichen Bedingungen niederlegen durften, zu denen sie sie dauernd niederlegen durften. Und darin hatten sie recht. Denn angenommen, sie hätten zu Streikzwecken ausdrücklich gekündigt, der Unternehmer hätte trotzdem verlangt, daß sie die Arbeit fortsetzen und beim Friedensschlusse hätten die Parteien vereinbart, die Arbeitsverhältnisse sollten als nicht unterbrochen gelten, hätten dann die Arbeiter trotz ordnungsmäßiger Lösung des Arbeitsverhältnisses ihre Pflicht verletzt, und könnten fristlos entlassen werden? Das geht doch nicht. Ebensoviele geht aber an, daß die Auslegung verschieden ist und nach Kampfbende das Arbeitsverhältnis in einzelnen Teilen als beendet, in anderen als fortdauernd gilt. Sondern aus der richtigen Stellung zur Betriebsratsfrage folgt notwendig: Bei der Arbeitsniederlegung zu Kampfzwecken kommt es gar nicht auf die Worte der Erklärungen an, sondern nur auf die Tatsachen. Wird die Arbeit niedergelegt unter den Bedingungen, die zur Lösung des Arbeitsverhältnisses berechtigen, so ist die Niederlegung rechtlich einwandfrei; ganz gleich, ob „gekündigt“, gefeiert oder gar nichts erklärt wird. Erst das Friedensabkommen entscheidet darüber, ob die Arbeitsniederlegung eine Kündigung war, und ob sie zur Beendigung des Arbeitsverhältnisses geführt hat. Wenn der Arbeiter seinen Urlaubsanspruch behält, falls er „kündigt“, dann verliert er ihn auch nicht, falls er unter Einhaltung der Kündigungsbedingungen „streikt“. Der Unternehmer kann nicht durch Aufforderung zur Fortsetzung der Arbeit das Streiken unterjagen oder mit Nachteilen verbinden.

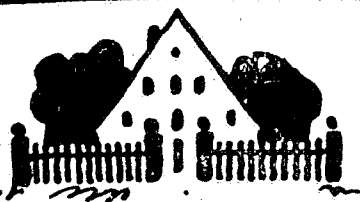
Nur wenn sich die Rechtsprechung vom Buchstaben freimacht und sinngemäß entscheidet, können wir noch einige Zeit ohne ein Arbeitskampfrecht auskommen, das eine politisch ungemein schwere Aufgabe ist. Dr. Heinz Potthoff.

Keine Baustelle ohne Baudelegierte!

Arbeitslosigkeit im Deutschen Baugewerksbund. Feststellungsergebnis vom 12. Mai 1930.

In den berichtenden Baugewerkschaften waren am Feststellungstage arbeitslos

Bezirksverband	Zahl der Baugewerkschaften		Mitgliederzahl am Feststellungstage	In den berichtenden Baugewerkschaften waren am Feststellungstage arbeitslos																				vom Hundert der Mitgliederzahl											
	insgesamt	davon haben Bericht		Maurer	Feuerungs- und Schornsteinmauer u. Helfer	Polierer, Schachtmesser	Zement-Isolierarbeiter	Generalarbeiter, Dreher, Bleger	Stückgruppe und Hilfsarbeiter	Glaser	Dienstmänner	Dienstmänner	Spezialarbeiter	Stichtagsarbeiter	Apprentis- und Arbeiter	Stellenleger	Stellener und Helfer	Stellener und Helfer	Kunstmaler, Klempner, Klempnerhelfer	Apprentis	Platzarbeiter	Platzarbeiter	Bauhilfsarbeiter	Bauhilfsarbeiter	Stellener bei Gerüst	Milneure	Stellener	Brückenbauer	Lehrlinge	Wahlberechtigte Mitglieder	insgesamt	12. 5.	5. 5.		
Königsberg	7	7	17358	3894	—	87	44	97	14	9	1	233	—	—	10	13	1	—	31	12	—	8	3116	26	1064	33	—	18	—	164	—	8875	51,1	50,6	
Danzig	1	1	3841	380	—	3	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	395	7	370	—	—	—	28	—	1213	31,6	35,9	
Stettin	61	61	16047	3528	6	30	24	69	75	18	12	147	—	—	5	6	8	—	—	—	—	—	—	1950	—	864	—	5	—	130	—	6877	42,9	45,6	
Breslau	43	43	43082	10938	116	235	222	197	67	76	90	545	50	48	100	72	39	1	46	—	—	—	—	8148	71	1248	—	—	—	785	14	23108	53,6	55,9	
Berlin	60	60	55264	7803	3	79	16	491	813	304	81	586	2	4	45	14	97	1	3	555	—	—	—	7604	—	888	—	—	—	149	2	19540	35,4	36,5	
Magdeburg	42	42	29371	7511	8	32	19	44	17	84	26	152	5	—	9	17	43	—	16	—	—	—	2618	24	357	—	—	—	204	—	11191	38,1	35,2		
Erfurt	34	34	20581	6510	37	41	65	10	121	134	10	76	—	—	26	8	12	—	8	—	—	—	2830	—	219	—	18	—	190	2	10338	50,2	50,7		
Frankfurt	17	17	35675	7957	9	58	137	105	363	27	—	10	—	—	2	52	15	2	14	—	—	—	6560	247	1744	46	—	7	3	364	—	17743	49,7	51,5	
Köln	12	12	20070	3397	24	58	223	358	962	23	—	12	3	2	—	123	34	27	83	52	—	—	4371	66	656	71	—	1	1	64	1	10615	52,9	51,4	
Dortmund	14	14	21841	3834	45	65	182	169	430	1	—	35	—	—	2	161	67	8	36	42	—	—	4371	66	656	71	—	1	1	64	1	10615	52,9	51,4	
Hannover	39	39	29596	4700	5	38	23	57	71	28	1	48	2	25	1	52	25	6	15	16	—	—	2697	8	771	7	—	—	8	—	94	—	8698	29,4	30,6
Bremen	31	31	15698	2358	13	18	51	96	68	3	1	11	—	—	—	35	24	3	9	4	—	—	2099	7	1042	—	—	—	33	2	10421	30,8	33,0		
Hamburg	54	54	33789	4360	4	22	164	409	262	168	10	167	1	—	7	105	3	26	30	7	24	—	2657	—	1937	22	—	—	1	—	33	2	10421	30,8	33,0
Rostock	60	60	8315	1263	3	6	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	935	—	256	—	—	—	1	51	—	2569	30,9	36,5	
Dresden	32	32	69602	16076	24	152	240	141	166	345	107	471	3	—	19	28	48	42	6	46	—	—	14703	2	1047	—	—	—	6	978	29	34679	49,8	51,0	
Nürnberg	29	29	18201	3010	47	20	25	10	515	23	49	28	—	—	7	24	6	—	—	—	—	—	3753	12	247	—	—	—	106	—	7882	43,3	41,1		
München	33	33	16219	2103	9	27	22	9	44	16	6	24	—	—	11	3	14	3	2	4	6	—	2947	25	404	45	5	1	39	3	5784	35,7	35,2		
Stuttgart	14	14	10131	888	5	6	19	26	604	—	—	—	—	—	—	9	7	13	—	—	—	—	1018	84	565	5	—	—	28	—	3284	32,4	34,4		
Karlsruhe	11	11	16480	4017	28	67	107	97	674	14	2	—	—	—	46	—	24	22	—	—	—	—	2208	178	338	17	5	3	160	—	8041	48,8	49,7		
Zusammen	594	594	481161	94527	386	1041	1586	2385	5277	1277	401	2599	66	139	237	764	454	131	323	772	25	50	74261	979	15004	246	39	47	13	3824	53	206906	43,00	—	
Zuf. vorige Woche	595	595	481669	96569	381	1118	1448	2455	5255	1306	382	2669	58	131	238	761	477	137	324	794	25	45	75994	955	15179	270	40	59	7	4343	56	211476	—	43,90	



Unterhaltung und Wissen

beschreiben. Der herzlichsten Aufnahme ist er von ...
Landeszentrale der Freunde ...
nationalen Kleinarbeit, Berlin ...
dort aus erfährt man alles Nähere.
Arbeiter - Olympia 1931. Die ...
Arbeiter - Olympia 1925 ...
gestaltete sich ...
Erfolg. ...
nicht nur ...

Pfingstfest der Arbeit.

Die drei großen Feste des Jahres, denen wir zum Feiern neben dem Sonntag auch noch den Montag widmen, stammen in ihrem letzten Ursprung aus einer Zeit, in der die Arbeit noch nicht die soziale und kulturelle Bedeutung erlangt hat wie heute. Die Natur bot noch große Fülle auch ohne Arbeit. Und Hunger und Not gab es noch nicht. Darum hatten diese Feste einst den Charakter von Naturfesten, und wenn das Christentum diese Feste auch wandelte, so blieben sie immerhin Feste des Ueberirdischen, Kosmischen. Vom Dasein mit seiner Arbeit und seinen Aufgaben sagten sie nichts, so daß die Arbeiterbewegung bei ihrem Erstarken zugleich vor der Notwendigkeit stand, durch neue Feste, das Mäifest der Arbeit, die Feier der republikanischen Verfassung, der Revolution, die Aufgabe und die Ziele zu feiern, die dem Geschlechte dieser Zeitenwende beschieden sind.

Damit lehnte die Arbeiterbewegung die übrigen Feste nicht ab. Feiertage sind kulturelle Notwendigkeiten. Wir müssen Höhepunkte im Leben haben, an denen wir den Weg betrachten, den wir gingen, und den Weg suchen, den wir neu zu beschreiten haben. Ohne Lage der Feier irren wir durch das Dickicht des Alltags, das uns erstickt. Auf den Höhen nur atmet der Mensch den Freiheitshauch, der neuen Geschlechtern einmal der Dem des ganzen Lebens werden soll.

Und mögen die Zeiten sich wandeln und die Weltanschauungen immer neu und anders sein: was bleibt, das ist diese Verbundenheit mit dem Natürlichen, Kosmischen, dieses Einsgefühl mit dem großen Lebendigen und Göttlichen draußen, und auch schaffende Menschen dieser sozialen Gestaltungsperiode der Geschichte wollen dieses tiefe Verbundenheitsgefühl nicht lassen und sie fügen es nur als bewegende Seele in ihre historische Tagesaufgabe ein.

Der Mensch soll frei sein, daß er dieses umspannende Weltgefühl in seiner Größe erleben kann, und das Dasein soll so gestaltet werden, daß es diese universale Harmonie des Weiten, Unendlichen spiegelt. Darum soll es geordnet sein, nach Plan geleitet. Darum soll es voll Freude sein, da ja nur die Freude alles umschlingt!

So ist uns das Pfingstfest in besonderem Maße das Fest der Feier dieses Natürlichen. Das Fest des Lebens und der Freude. Das Ahnen des Frühlings ward zur Gewißheit: die Erde lebt, wächst und blüht. Das Leben ist sieghaft und nichts Stärkeres gibt es als Lebenskraft, Lebenswillen und Lebensrecht.

Was am Mäifestage der Arbeit die Faust ballen ließ, das durchzittert jetzt jubelnd unsere Seele. Mäitag und Pfingsten gehören zusammen. Am Feiertage der Arbeit dröhnte die Straße vom Massenschritt. Pfingsten läuscht Mutter Natur ihren Kindern. Erde und Freiheit. Wirklichkeit und Freude. Erdhaftigkeit und umspannendes Fühlen. Kampf und Liebe. Du und ich. Harmonie aller Gegensätze. Bindung von Kosmos und Erde in neuem Schaffen — durch uns.

Pfingsten allein ohne den Gedanken des Mai ist Schwärmen, so wie die neue Arbeitswelt nie Großes bedeuten könnte ohne den menschenbefreundenden und alles umspannenden Sinn.

Wir wollen beides: Gestaltung und Würde. Und wenn wir den Lenz erleben am Pfingstfesttage in der Natur, dann fühlen wir in uns das eine einende ungeschriebene Gesetz des Werdens, das da lautet: Zur Freude, ja, zur Freude sind die Menschen bestimmt!

Etwas zum Nachdenken!

Ein kalter Novembertag. Nicht weiß von der Stadt liegt still eine Baustelle. Ein leichter Nebelschleier umhüllt ihre kahlen Mauern. Ich bleibe stehen und betrachte das Werk schaffensfreudiger Menschen. Plötzlich durchdringt die Morgenstille ein greller Pfiff. Im Bau wird es lebendig. Es beginnt ein geschäftiges Hin und Her, ein Hämmern, Klopfen und Krachen, dazu summt der Motor des Aufzuges. Der Polier steht an einer Fensterbrüstung und erteilt von dort aus seine Anordnungen.

Fleißig arbeiten die Kollegen. Stein sügt sich an Stein. Jeder tut seine Pflicht. Am Aufzug beladen die Kollegen diesen mit Steinen. Ich bin erstaunt über die starke Belastung.



Ein Knistern und Krachen folgt dem Schrei.

Die Pfingstsendung.

Nun geht's der Sommerzeit entgegen!
In buntgestirntem Blütenschaum
Lacht jetzt der reiche Pfingstensegen
An jedem Wald- und Wiesensaum!
Es fiel die weiche Knospenhülle
In lauer, klarer Sternennacht,
Nun strahlt in bunter Blütenfülle
Die lebenswarme Pfingstsendung!

Das ist der Tag der frohen Pfingsten,
Der unermüdet Blüten streut,
Der mild und gütig den Geringsten
Mit seinem hellen Glanz erfreut!
So schafft die Pfingstzeit Sommerfreude,
Die alle Menschen froh durchrinnt,
Und die wie feine Sommerseide
Sich sanft in alle Herzen spinnt!

Und wenn die bunte Blütenfülle
Verflattert in der Lüfte Spiel,
Dann zeigt sich uns in aller Stille
Der Blütenprächte großes Ziel,
Dann merken wir die hohe Sendung,
Des Pfingstengeistes tiefen Sinn,
Dann folgt nach Blüten die Vollendung
Zum fruchtbeschweren Endgewinn!

So ist die Pfingstzeit beschwingt
Von jenem hohen Schöpfersinn,
Der die Natur belebt und zwingt
Seit altersgraum Weltbeginn!
Und wir? Wir mögen klug erkennen,
Daß reicher Sommererntesege
Nur quillt, wenn unsere Herzen brennen
Und fleißig wir die Hände regen!

Auch uns erfüllt die hohe Sendung,
Der schaffensfrohe Pfingstengeist,
Auch wir erstreben Fruchtvollendung,
Wie sie durchs weite Weltall kreist;
Doch wenn wir Früchte ernten wollen
Nach Saat und buntem Blütensegen,
Dann heißt es, sorgsam sonder Grollen
Die Herzen und die Hände regen!

Und Stetigkeit gehört zum Werke,
Nur die Beharrung bringt Gewinn;
Gepaart mit Zuversicht und Stärke
Führt sie uns zu dem Ziele hin!
Wer ernten will, der muß auch säen
Und sorgsam seinen Acker pflegen,
Nur dann wird ihm die Frucht erstehen
Und damit reicher Erntesege!

Drum mutig vorwärts, Schwestern, Brüder!
Erlösend wirkt allein die Tat!
Regt gern und fleißig eure Glieder!
Die Ernte winkt! Es geht zur Mahd!
Recht und Gerechtigkeit wird werden,
Wenn du, o Volk, dich selbst befreist!
Erst dann schwingt froh auf dieser Erden
Der menschlich wahre Pfingstengeist! Taef.

lastung. Wie auch der Motor keucht und pocht, es will nicht aufwärts gehen; die Last ist zu schwer. Endlich bewegt sich der Aufzug doch langsam nach oben.

Die Last ist am Ziel. Der Aufzug wird eingeschwenkt. Wer bedient ihn aber dort oben? Ein Lehrling, fast noch ein Kind! Er zerrt an der schweren Last, Angst lagert auf seinem jugendlichen Gesicht. Der Aufzug wird entladen, das Material zur Verwendungsstelle gebracht.

Soeben denke ich darüber nach, daß man hier allen Unfallverhütungsvorschriften zuwiderhandelt, da höre ich plötzlich einen Schrei. Der Lehrling hat ihn ausgestoßen, der den Aufzug einzubringen hatte und nun den leeren Aufzug nach außen zu schwenken versuchte. Ein Knistern und Krachen folgt dem Schrei, Holzsplitter begleiten den in die Tiefe saukenden Fahrstuhl.

Ich war erschrocken. Beim Hinausschwenken des Aufzuges war dieser hängen geblieben. Zu gleicher Zeit senkte er sich aber und riß einen Teil der Austrittsbohle und eine Schuhsohle des Lehrlings mit sich. Dieser war vor Schreck leichenblau und zitterte am ganzen Körper.

Es war noch gut abgegangen. Außer der Schuhsohle und einigen kleinen Hautstücken hatte der Junge nichts verloren. Der Polier stürzte herbei, aber anstatt den Lehrling nach der Ursache des Unfalls zu fragen, schimpfte er auf den Jungen, daß sich jeder über diese Rohheit hätte empören müssen. Soziales Empfinden schien dieser Mann nicht zu haben, obwohl es von ihm unverantwortlich gehandelt war, auf einen solchen gefährlichen Posten einen Lehrling zu stellen. Er kümmerte sich auch nicht um den blutenden Fuß des Jungen. Ihm schien der Aufzug wichtiger als etwa ein jugendliches Menschenleben.

Und der Lehrling? Er wird diesen Polier nimmer als seinen Freund, Berater und Lehrmeister einschätzen, sondern als einen Feind und Tyrannen. Ferner ist dieses wahre Erlebnis ein Beweis dafür, daß die Lehrlinge viel-

fach nicht zur Lehre, sondern zu einfachen Handarbeiten und noch dazu gefährlichen, angehalten werden. Hier gehörte an die Stelle des Lehrlings ein älterer, erfahrener Arbeiter. Dadurch hätte dann ein Familiendatler Arbeit erhalten können und außerdem könnte man den Lehrling in seinem Fach unterweisen. Aber es geht ja um den lieben Profit! Und der Profit fragt nicht nach Moral und Sitte; er ist unerfättlich. Immerhin aber mußte ich mich fragen: Könnte so etwas passieren, wenn Baubelegter auf diesem Bau vorhanden wären? Kollegen! Wahr! eure Rechte und seht darauf, daß die Bauarbeiter(schutzbestimmungen) innegehalten werden! Es geht um Leben und Gesundheit der Arbeiter, und das steht höher als der verächtliche Profit eines Bauunternehmers! Albert Reuter, Bauer 1. B.

Mittelalterliche Prozeßkuriosa.

Zu den eigenartigsten Auswüchsen der mittelalterlichen Rechtspflege, der Aberglaube und ein Unmaß religiöser Mystik ihren Stempel aufdrückten, gehören unbestreitbar die Prozesse gegen Tiere, wie sie zuerst im 15. Jahrhundert historisch einwandfrei festgestellt wurden. In diesen Prozessen, die teils vor kirchlichen, teils auch vor weltlichen Gerichten geführt wurden und die sich im allgemeinen ausschließlich gegen Ungeziefer, wie Mäuse, Ratten, Raupen, Schnecken, Insekten und Maulwürfe richteten, wurde — und das ist eben das Eigenartigste — mit diesen Tieren verhandelt. Erstatteten vielleicht eine Anzahl geschädigter Grundbesitzer Anzeige, so wurde ein Gerichtsverfahren gegen die Schädlinge, also sagen wir einmal gegen die Mäuse, eröffnet, indem ein Ausweisungsbefehl gegen die Tiere erlassen wurde. Nicht aber, ohne das Angebot zu vergessen, für den Fall einer Anfechtung des Ausweisungsbefehles den Mäusen einen Verteidiger zu stellen. Jedoch wurde den Tieren strengstens unterlagt, sich während der Dauer der Prozeßverhandlung zu vermehren. Die Ausweisungsbefehle wurden bestriftet, zuweilen wurde sogar festgesetzt, wohin sich die Tiere zurückziehen hätten. Den Mäusen wurde also ein Advokat bestellt, Klage und Gegenklage aufgenommen und die endlosen Verhandlungen in dickleibigen Prozeßakten verzeichnet, von denen noch eine ganz ansehnliche Menge erhalten ist.

Es sind sogar Tierprozesse bekannt, die mit einer Art Vergleich schlossen, so wurde den Schädlingen ein Gebiet innerhalb der betreffenden Gemeinde eingeräumt mit dem ausdrücklichen Hinweis, daß sie in Zukunft die außerhalb dieses Gebietes liegenden Grundstücke zu verschonen hätten.

Aber es gab auch Prozesse gegen bestimmte einzellige Tiere, wie Esel, Pferde, Schweine oder Hunde, in denen diese als Verbrecher angesehen und ihnen ein verbrecherischer Wille zugesprochen wurde. Laufte das Urteil in einem solchen Prozeß auf Tötung, so wurde auch die Art der Hinrichtung im Urteil genau in allen Einzelheiten festgesetzt. Das Urteil wurde öffentlich durch den Schatzrichter auf dem gesetzlichen Hinrichtungsplatze vollzogen, sei es nun, daß das betreffende Tier zum Hängen, Lebendigbegrabenwerden, Verbrennen oder zur Enthauptung verurteilt worden war.

Derartige Prozesse gegen allerhand Götter sind durchaus keine Seltenheiten gewesen, sie waren im Gegenteil recht häufig. Der letzte in aller Form vor einem weltlichen Gericht geführte Tierprozeß fällt in das Jahr 1733.

Aber nicht allein gegen Tiere, sondern auch gegen tote Gegenstände wurden Prozesse geführt. So strengte zum Beispiel im Jahre 1498 der Große Rat von Florenz einen Prozeß gegen die Glocke von S. Marco an, da diese bei der Verhaftung des Propheten Savonarola Sturm geläutet hatte. Die Glocke wurde dem Urteil entsprechend vom Turm heruntergerissen, durch die Straßen geschleift und vom Henker mit Ruten geschlagen. Erst elf Jahre später wurde die Verbannung aufgehoben und die Glocke wieder aus ihrem Exil nach Florenz zurückgebracht.

Immer nach der Fähigkeit! Wie das Buch „Wiß und Humor bei der Polizei“ von Heinrich Langmach (Deutscher Polizeiverlag, Lübeck) mitteilt, befindet sich im „Kommentar zum Strafgesetzbuch“ des Oberlandesgerichtsrats Schwarz auf Seite 44 der Ausgabe von 1927 unter der Ueberschrift: „Arbeitszwang bei Festungshaft“ folgender Passus: „Landreicher und Wirnen können auch bei Haft zu ihren Fähigkeiten entsprechendem Außen- und Innenarbeiten angehalten werden.“ Wie Außen- und Innenarbeiten den Fähigkeiten nach zu verteilen sind, darüber dürfte in diesem Fall kein Zweifel bestehen.



„August nimm ö Prischel!“ — „Dank schön Koar! Ek schnuv nich.“ — „Wa—a—af? Wozu heft denn die Nees?“

Streiks u. Lohnbewegungen

Maurer, Bauhilfs- und Tiefbauarbeiter: Wegen Umgehung des Bezirks-Tarifvertrages ist über den Bauunternehmer Heint. Peters, Torballig, Kreis Schleswig (Baustelle Krohnshagen bei Kiel), die Sperre verhängt. Gesperrt ist die Firma Paul Kaiser, Baugeschäft Gofek, Baugewerkschaft Weissenfels, wegen untertariflicher Bezahlung.

Fliesenleger: Gesperrt ist in München die Firma Norbert Berger. Im Freistaat Sachsen sind die Fliesenleger im Abwehrstreik. In Görlitz stehen die Fliesenleger in schwierigen Tarifverhandlungen.

Töpfer: In Waagen streiken die Ofenseher. Gesperrt sind in Berlin die Firma Koch, Frankfurter Allee 73, in Zeitz die Ofengeschäfte Gustav Neumann, Gustav Hörnicke und Emil Böhme, in Burg bei Magdeburg Uhlmann, in Halle a. d. S. Wilhelm Stahl, in München die Firma Norbert Berger wegen rückständiger Löhne, in Hohenstein-Ernstthal Eugen Wolf, in Landsberg a. d. W. der Töpfermeister Richard Kaczowski wegen Nichtbezahlens von Ferienmarken, in Magdeburg die Firma Jollweber & Sohn wegen Nichtzahlens des Lohnes, in Strassburg i. U. die Ofensehfirma Kleinschmidt wegen Nichtzahlens der Tariflöhne.

Verhandlungen um einen Tarifvertrag für Reparationsbauten in Frankreich. Am 5. und am 14. Mai wurde in Köln um einen Tarifvertrag für Bauarbeiten verhandelt, die in Falkenberg bei St. Amand in Lothringen ausgeführt werden sollen. Die Kosten für diese Bauten werden aus dem sogenannten Reparationsfonds gedeckt. Das bedeutet, daß die Arbeiten von deutschen Unternehmern ausgeführt werden, die dazu auch deutsche Arbeiter in einer vertraglich bestimmten Anzahl beschäftigen müssen. Das Bauvorhaben selbst umfaßt eine Doppelschachtanlage für Kohlenbergbau. Man rechnet mit einer Teufe von 600 m. Jeder Schacht soll 6 m Durchmesser bekommen und Doppeltubinge erhalten. Als erstes soll in Angriff genommen werden der Bau einer Eisenbahn-Anschlußstrecke. Zugleich mit der Schachtanlage sollen etwa 1000 Bergarbeiterwohnungen errichtet werden. Auftraggeber ist die französische Société de Charbonnage de Faulquemont. Das Gesamtbauprojekt soll anslagsgemäß einen Wert von 50 Millionen Mark betragen. Der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe in der Rheinprovinz hatte unsern Bund eingeladen zu Verhandlungen. Bauausführende Firma ist Robert Grünzig, Hoch- und Tiefbaugeschäft in Stollberg b. Aachen und die Westmarkindustrie G. m. b. H. Die Verhandlungen um den Tarifvertrag sind ergebnislos verlaufen, weil man sich gleich über die wichtigste Angelegenheit — den Lohn — nicht einig werden konnte. Die Arbeitervertreter forderten, daß der jeweils in Köln gezahlte Bauarbeiterlohn maßgebend sein soll, das würde bedeuten für Maurer 1,35 M, für Erdarbeiter 91 ¢ und für Hilfs- und Zementarbeiter ebenfalls entsprechend den in Köln geltenden Sätzen. Die Unternehmervertreter boten uns zunächst den an der Moselkanalisation zurzeit gezahlten Lohn von 1,10 M für Facharbeiter und 78 ¢ für Erdarbeiter. Tatsächlich stehen diese Mosellöhne heute nur bei einem erheblichen Teil auf dem Papier, es wird nämlich mehr gezahlt als vereinbart wurde. Ein Beweis dafür, daß deutsche Arbeiter zu den gebotenen Lohnsätzen es nicht dauernd in Lothringen aushalten. Im Laufe der Verhandlungen gingen die Arbeitervertreter schließlich auf den Aachener Lohnsatz ein, das bedeutet 1,24 M für Facharbeiter und 83 ¢ für Erdarbeiter. Die Unternehmervertreter boten an 1,15 M für Facharbeiter, 80 ¢ für Erdarbeiter und 90 ¢ für Bauhilfsarbeiter, d. h. die Spannung zwischen den Maurern aus dem Hilfsarbeiterlohn sollte nicht 17 %, sondern 22 % betragen. Dies Angebot mußte abgelehnt werden, weil es tatsächlich unter den an der Mosel gezahlten Stundenlöhnen bleibt und weil schon die jetzt dort gezahlten Stundenlöhne zu niedrig sind. Die Verhandlungen sind also gescheitert. Es ist möglich, daß die Unternehmer nachträglich noch einmal an uns herantreten. Ob das geschieht, wird davon abhängig sein, ob man in Paris bei den französischen Auftraggebern und auch bei dem deutschen Sachleistungsbüro Verständnis dafür findet, daß der deutsche Arbeiter für in Frankreich verdienten geringen Lohn nicht eine Familie in Deutschland erhalten und auch noch selbst dabei seinen Lebensunterhalt bestreiten kann. Alle Verhandlungen werden ganz besonders erswert dadurch, daß die Arbeitervertreter niemals richtig erfahren, was eigentlich in den Bauverträgen für Bestimmungen hinsichtlich der Löhne, der Unterkunft, der Verpflegung und des in Franken auszahlenden Lohnanteils enthalten sind. Sie sind dabei angewiesen auf das, was die Unternehmer ihnen zu sagen für gut befinden. Das deutsche Sachleistungsbüro in Paris erblickt anscheinend einen Teil seiner Aufgabe darin, seine Tätigkeit mit einem geheimnisvollen Schleier zu umhüllen. Es verfügt anscheinend, wie groß der Frankenanteil am Lohn sein soll, ohne sich vorher darüber zu vergewissern, ob die Arbeiter mit den vertraglich festgesetzten Beträgen leben können oder nicht. Mit peinlicher Gewissenhaftigkeit hat dies Büro es bisher vermieden, den Gewerkschaften auch nur den geringsten Einblick in seine Tätigkeit zu geben. Wir müssen deshalb annehmen, daß es sich in der Hauptsache als eine Unternehmer-Fürsorgestelle betrachtet. Wenn das so ist, dann muß es auch vor der Öffentlichkeit das übernehmen, was daraus später an Skandal entsteht.

Aus der Sozialgesetzgebung

Dauer der Krisenunterstützung. Der Reichsarbeitsminister hat am 23. April — VIA 4201/30 — an den Präsidenten der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung ein Schreiben gerichtet, in dem er an die Vorschriften des Artikels 3 Satz 2 der Verordnung über Krisenunterstützung für Arbeitslose vom 28. September 1927 in der Fassung der Verordnung vom 27. August 1928 erinnert: „Nach Artikel 3 Satz 2 der Verordnung über Krisenunterstützung für Arbeitslose vom 28. September 1927 (Reichsgesetzbl. I S. 315) in der Fassung der Verordnung vom 27. August 1928 (Reichsgesetzbl. I S. 373) ist die Krisenunterstützung nicht ohne weiteres in allen Fällen

bis zur Höchstdauer zu gewähren. Vielmehr kann die für die Entscheidung zuständige Stelle die Unterstützung auf einen kürzeren als den höchstzulässigen Zeitraum beschränken, wenn begründete Aussicht besteht, daß es dem Arbeitslosen möglich sein wird, sich innerhalb des kürzeren Zeitraums durch eigene Bemühung eine Arbeit zu verschaffen, deren Ablehnung die Entziehung der Unterstützung nach sich zöge. Die Beschränkung kann auch noch nachträglich während des Bezuges der Unterstützung ausgesprochen werden. — Da zum mindesten die Arbeitslosen, die die Krisenunterstützung wegen Erschöpfung ihres Anspruchs auf versicherungsmäßige Arbeitslosenunterstützung erhalten, nach § 90 Abs. 3 WVG. grundsätzlich auch berufsfremde Arbeit annehmen müssen, sollte es jedenfalls in der jetzigen Jahreszeit, in der durch die Aufnahme der Außenarbeiten erhöhte Arbeitsgelegenheit besteht, ohne besondere Härte möglich sein, von dieser Beschränkung der Dauer in geeigneten Fällen Gebrauch zu machen. — Ich ersuche deshalb, die Arbeitsämter auf die eingangs genannte Bestimmung erneut hinzuweisen.

D. r. Stegerwald.

Nach der Verordnung vom 28. September 1927 kann also die für die Entscheidung zuständige Stelle die Unterstützung auf einen kürzeren als den höchstzulässigen Zeitraum beschränken, wenn begründete Aussicht besteht, daß es dem Arbeitslosen möglich sein wird, sich innerhalb des kürzeren Zeitraums durch eigene Bemühung Arbeit zu verschaffen. Diese Vorschrift ist zu einer Zeit erlassen worden, als wir einen für die Nachkriegszeit selten niedrigen Stand der Arbeitslosigkeit hatten. Im September 1927 gab es insgesamt 355 000 Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung und 28 000 in der Krisenfürsorge. Heute, angesichts der drei Millionen Arbeitslosen, erscheint uns ein derartiger Hinweis mindestens sehr unzeitgemäß, zumal manche Bürokraten mit der Erinnerung des Reichsarbeitsministers sich reaktionär austoben werden. Herr Dr. Stegerwald hat in der Tagung der Ausschüsse der freien Gewerkschaften — über die wir im Leitartikel dieser Nummer berichten — erklärt, daß er die Krisenfürsorge nicht verschlechtern wolle. Er ist erfreulicherweise noch einen Schritt weitergegangen und sagte, daß auch er der Meinung sei, die Krisenfürsorge müsse erweitert werden. Diese Äußerungen sind nach der oben erwähnten Erinnerung geschehen. Hoffen wir also das Beste, und warten wir neue Taten des Herrn Reichsarbeitsministers ab.

Aus den Baugewerkschaften

Jena. (Warnung vor Mitgliedsbuch mißbrauch.) Einem auf Wanderschaft befindlichen Kollegen namens Johann Schanzig, Maurer, geboren am 25. Juli 1908 zu Hochheide, Kreis Homburg, ist am 24. Mai in Eisenach von einem Kollegen namens Krep oder Krips das Mitgliedsbuch gestohlen worden. Sein Reisekollege wird von ihm wie folgt beschrieben: 24 Jahre alt, mittelgroß, Tätowierung auf der Brust: Schiff und Anker. Krep oder Krips hat mit Schanzig auf einer Baustelle als Bauhilfsarbeiter gearbeitet. Beide sind nach Beendigung der Arbeit, anfangs April, von Hoftrup abgereist. Schanzig kann nicht sein Eintrittsdatum und auch nicht seine Buchnummer angeben. Seinen Eintritt bezeichnet er mit Juli 1922. Schanzig vermutet, daß sein früherer Reisekollege mit seinem (Sch.) Mitgliedsbuch Mißbrauch treibt. Bei Vorlage des Buches ist der Mann festzunehmen.

Oppeln. (Für durchgreifende Arbeitsbeschaffung.) In einer am 25. Mai vom Ortsausschuß des WGB. einberufenen Versammlung der Erwerbslosen, die sehr stark besucht war, wurde eine Entschließung einstimmig angenommen und allen zuständigen Regierungs- und Behördenstellen sowie Abgeordneten und den sozialdemokratischen Fraktionen des Reichstages und des Preussischen Landtages zugestellt. Entschließung: „Das völlige Darniederliegen des Baumarktes, die Schlüsselindustrie fast aller anderen Industriezweige, läßt wenig hoffen, daß sich die Arbeitslosigkeit in diesem Jahre verringert, wenn nicht die Regierung baldige Maßnahmen zur Wiedereinstellung der Produktion ergreift. Die Aufregung der Erwerbslosen steigert sich von Tag zu Tag, weil sie alle im Laufe des Sommers aus der Arbeitslosenversicherung ausgesteuert werden. Um die Not und die Aufregung unter den Arbeitslosen zu beseitigen, fordern wir von der Regierung: sofort öffentliche Mittel zur Wiederbelebung des Baumarktes bereitzustellen; gesetzliche Maßnahmen zur Verkürzung der Arbeitszeit; Einführung der Krisenfürsorge für alle Arbeiter; Einwirkung auf die Gewerbeaufsichtsbehörde, die sofort alle Maßnahmen zu treffen hat, um in den Fabriken, Büros und Warenhäusern und nicht zuletzt in den kleineren Werkstätten die Ueberstundenarbeit zu verbieten; daß die Verfügung des preussischen Handelsministeriums — J.-Nr. III c 1862 D — III b — betr. Arbeitszeitregelung für gewerbliche Arbeitnehmer von der Gewerbeaufsichtsbehörde sofort ausgeführt wird; Ausschaltung aller Doppelverdiener; den Bau eines Regierungsgebäudes sofort in Angriff zu nehmen, damit die 6 Miethäuser, in denen die Büros der Regierung Oppeln untergebracht sind, für Wohnungsuchende frei werden; den Bau eines Bürohauzes für das Arbeitsamt Oppeln, das noch immer in unzureichenden und für die Angestellten des Arbeitsamtes ungesunden Räumen untergebracht ist, währenddessen die für den Bau bereits vor Jahren angefahrenen Ziegelsteine verwittern, unbrauchbar und verschleppt werden. Wir erwarten, daß die Regierung die Gefahren erkennt, um unverzüglich Maßnahmen zur Linderung der Arbeitslosigkeit zu ergreifen. Noch halten unsere Kollegen Disziplin. Wir lehnen aber jede weitere Verantwortung ab, wenn die Regierung unserem Nothfrei keine Beachtung schenkt!“

Sangerhausen. Unsere Baugewerkschaft feierte am 18. Mai ihr 30jähriges Bestehen. Jubilare waren die Kollegen P. Reifner, G. Weichert, O. Raue, O. Wittmann, Sangerhausen, und G. Sturzebecker, Eingingen. Ihnen wurden vom Kollegen G. Thiele, Magdeburg, Ehrenurkunden und je eine silberne Bundesnadel überreicht. Auch die Festrede hielt Thiele. Das Fest wurde durch Konzert der Beinhof'schen Kapelle sowie durch Mitwirken des „Volkshörers der W. U.“ und der „Naturfreunde“ verschönt.

Weilheim. (Entlarvter Dieb.) Der Bauarbeiter Leonhard Manhardt, Buchnummer 695 897, hat beim Zug-

spitzbahnbau seine Mitkollegen dauernd bestohlen und dann den Verdacht stets auf ehrliche Kollegen abzuwälzen versucht. Solche Diebstähle sind um so schlimmer, weil die Kollegen gemeinsam in den Baracken wohnen müssen; außerdem kann jeder Kollege erst nach harter Arbeit einige Mark zurücklegen. Eine Anzahl Diebstähle von insgesamt einigen hundert Mark hat Manhardt eingestanden. Die Bauleitung trägt an dem Diebstahl auch eine große Schuld; die Arbeiter haben wenig Schränke zum Abperren der Kleidung, Lebensmittel und Werkzeuge. Wir mahnen die Kollegen erneut, keine oder nur sehr wenig Wertgegenstände und Geld in den Baracken aufzubewahren; schon die vielen Brände und Diebstähle sollten als Warnung dienen. Manhardt ist von unserm Bund ausgeschlossen worden.

Weissenfels a. d. S. Der Wiederaufbau unserer Baugewerkschaft hat sich seit der Spaltung durch Fahner und Genossen in zufriedenstellender Weise vollzogen. Nur ein kleines Häuflein dieser Gewerkschaftszersplitterer, die von ihrer eigenen Presse — im „Klassenkampf“ Nr. 98 — als „linkes Sektierertum“ bezeichnet werden, kristallisiert in jämmerliches, zur Hilfslosigkeit verurteiltes Dasein. Unserer jetzigen Ortsverwaltung, unseren Funktionären und der besseren Einsicht des übergroßen Teiles unserer Mitglieder, die von vornherein bei der Fahne des Baugewerksbundes verblieben sind, und denen, die ihren Weg wieder zu uns zurückgefunden, ist der Wiederaufbau unserer Organisation zu danken. Weit über 500 Kollegen sind wieder als Mitglieder in der Baugewerkschaft vereinigt. Dieser Erfolg darf jedoch nur Etappe für unsere Weiterentwicklung sein. Von allen Kollegen muß auch künftig für den Bund gearbeitet werden. Allen, die bis heute noch nicht zu uns zurückgefunden haben, ist der Weg in dieser Richtung nicht verbaut. Jedoch müssen sich diese Kollegen umgehend bei ihrem bisherigen Kassierer oder im Verbandsbüro in der Leipziger Straße 26 melden. Sonst verlieren sie ihre Ansprüche auf ihre alten Rechte. — Unsere Ortsverwaltung hat sich angesichts der wirtschaftlichen Notlage der Bauarbeitererschaft mit dem Bezirks- und Bundesvorstand in Verbindung gesetzt und in engerem Rahmen Eingaben wegen Arbeitsbeschaffung an das Kreis- und Stadtparlament gerichtet. Außerdem ist es ein Gebot der Stunde, daß unsere Kollegen trotz wirtschaftlicher Depression die Tariflöhne und die Arbeitszeit hochhalten. Die in Gofek und Leißling festgestellte untertarifliche Bezahlung und die teilweise Einführung des Neunstundentages darf unter keinen Umständen Schule machen. Die Baugewerkschaft hat sämtliche Arbeiten des Unternehmers Kaiser in Gofek gesperrt und eine Klage auf Zahlung des Tariflohnes beim Arbeitsgericht in Weissenfels anhängig gemacht. Der von den Unternehmern erstrebte und von der Gesamtorganisation abgewehrte Lohnabbau darf nicht hinterher zum Durchführen gelangen. Bezeichnend ist, daß in Leißling gerade Mitglieder der „Opposition“, deren Leitung bei der Frühjahrslohnbewegung 165 bis 170 ¢ Stundenlohn forderte, dem Kampf um die Einhaltung des Tariflohns und der Arbeitszeit aus dem Wege gehen. Dies zeigt davon, wie dringend nötig die Wiederherstellung der Einheitsfront der Bauarbeiterchaft ist unter dem bewährten Banner des Deutschen Baugewerksbundes.

Vom Bau

Aus Hessen. Eine Reihe schwerer Unglücksfälle in letzter Zeit zeigen, daß der Bauarbeiterbeschütz noch beträchtliche Lücken hat, die unbedingt beseitigt werden müssen. Bei der fortschreitenden Mechanisierung des Baugewerbes ist größerer Bauarbeiterbeschütz dringend notwendig. Bei der heutigen allgemeinen Scheu in den Gemeinden, Ausgaben für sozialpolitische Zwecke zu machen, stoßen aber die Vertreter der Arbeiterchaft mit dieser Forderung auf starken Widerstand. Es zeigt sich sogar, daß die bereits vorhandenen gesetzlichen Bestimmungen über Bauarbeiterbeschütz von den Kommunen sabotiert werden. So sabotieren sie die Anstellung von Baukontrollleuten, obgleich solche gesetzlich vorgeschrieben sind. Das trifft beispielsweise auf einige hessische Kreise zu. Für die beiden hessischen Kreise Offenbach und Erbach sollte ein gemeinsamer Baukontrollleur angestellt werden. Wer etwas von den Dingen versteht, wird zugeben müssen, daß dieser Wirkungskreis sehr groß ist. Trotzdem wehren sich die Kreise gegen die Anstellung, obwohl in diesem Jahre im Etat des Kreises Offenbach die Mittel für diese Stelle vorgesehen sind. Die Begründung dieser Sabotage ist lächerlich und mutet an wie eine Eulenspiegelerei. Die Kreisbehörde sagt nämlich, es fehle für die Stelle des Baukontrollleues die Aufsichtsbefugnisse. Es sei niemand da, der den Baukontrollleur kontrolliere. Einem Verwaltungsbürokraten mag diese Begründung genügen. Bei der Verfaßlichkeit des Polizeiwesens wurde nämlich die Baupolizei verstaatlicht. Eine Kreisbaupolizei ist also nicht mehr vorhanden. Nach der Ansicht der Kreisverwaltung fehlt namentlich die Stelle, der der Kontrollleur zu berichten verpflichtet ist. In Wirklichkeit will man sich aber um die Aufbringung des Geldes drücken. Er wäre sehr einfach, die Baukontrollleure zur wöchentlichen Berichtserstattung an die Landesbaupolizei zu verpflichten oder die Baukontrollleure mit der Bezirksfürsorgestelle der Kreise gemeinsam arbeiten zu lassen. Auf jeden Fall muß eine solche Sabotage schnellstens beseitigt werden. Im Kreise Offenbach haben die Abgeordneten der Arbeiterchaft die Mehrheit.

Schwerin. Am 25. Mai führte die Bauarbeiterbeschützkommission eine Baukontrollleure durch. Es wurden 21 Neubauten, 2 Leitergerüste, 2 Straßenaubauten und eine Reparaturstelle erfährt. Beschäftigt wurden auf diesen Arbeitsstellen 89 Maurer, 99 Hilfsarbeiter, 19 Lehrlinge, 15 Tiefbauarbeiter, 3 Maler, 4 Dachdecker und 2 Klempner. Grobe Mängel wurden bei der Firma Sommer, Tiefbaugeschäft, festgestellt. Es fehlten hier der Verbandkasten, der Unterkunftsstauraum und die Unfallverhütungsvorschriften. Die Berufsgenossenschaft mußte um Abhilfe der Mängel angerufen werden. Auf einem Bau, wo Dachdecker arbeiteten, fehlte jegliches Schutzgerüst. Kleine Mängel, u. a. Fehlen von Abschwertungen u. dgl. wurden auf Drängen der Kommission gleich beseitigt. Auffallend war das Fehlen der neuen Unfallverhütungsvorschriften. — Es wurde festgestellt, daß 15 Baustellen kurz vorm dem von Beamten der Berufsgenossenschaft sowie vom Gewerbeaufsichtsamt kontrolliert waren, so daß nach dieser

Kontrolle erfreulicherweise die Unternehmer sowie unsere am Bau beschäftigten Kollegen mehr zum Schutze ihrer Gesundheit tun. Es wird Aufgabe und Pflicht der Bauarbeitschutzkommission bleiben, dahin zu wirken, das auch die letzten Mängel auf den Baustellen abgestellt und die Vorschriften für Unfallverhütung mehr beachtet werden.

Allgemeine Rundschau

Naive Spekulation des Haleschen „Klassenkampf“. In der Nr. 124 vom 28. Mai des in Halle erscheinenden kommunistischen Organs „Klassenkampf“ ist ein kleiner Auszug aus der Jahresabrechnung des Deutschen Bau-gewerksbundes für 1929 veröffentlicht, zurechtgemacht von einem Burschen, bei dem man im Zweifel sein muß, ob seine Fälschung naiv oder gemein ist. Jedenfalls ist der Verfasser U. K. sowie die Redaktion dieser „Arbeiter“zeitung wieder einmal in ihrer gewerkschaftsfeindlichen Einstellung gekennzeichnet. Im „Klassenkampf“ werden u. a. aufgeführt: Als „Unkosten für das Bundesfest“ 12 833,33 M und bei dem Posten Umzug des Bundesbüros nach Berlin wird dahinter geschrieben („Schlafwagen komplett“). — Zum ersten Posten ist zu sagen, daß es ein Bundesfest nie gegeben hat, also auch kein Pfennig dafür ausgegeben werden konnte. Aber im „Klassenkampf“ ist das „Bundesfest“ durch die naive Fälschung entstanden, indem man statt Budapest Budapest schreibt. Das ist natürlich kein Schreibfehler, sondern absichtlich so gewollt. Der wirklich vorhandene Posten Budapest ist die internationale Hilfe für den ungarländischen Bauarbeiterverband, der schwer unter der Regierung Horty zu leiden hat. Ein Horty war nur möglich, weil es einen politischen Kindschopf wie Bela Kun gab, der allerdings nicht unter der Verfolgung der Horty-Regierung leidet, sondern im wohlgenährten Sowjetland in Moskau schläft. Daß man zum Umzug von Inventar und Mobilien keinen Schlafwagen benutzt, weiß jeder Mensch in Deutschland. Es ist aber möglich, daß man die Leier des „Klassenkampf“ von diesem Kreis der Wissenden ausschließen muß. Schlafwagen und Luxuszüge sind heute noch den Sowjetkurieren und den bolschewistischen Diplomaten vorbehalten, die auch eifrig davon Gebrauch machen, trotzdem ihre Untertanen im „Vaterlande aller Arbeiter“ buchstäblich hungern.

Friedrich Gilek †. Am 17. Mai verstarb der Genosse Friedrich Gilek. Am 1. Januar aus der Lederarbeiterbewegung durch Alter ausgeschieden, konnte er sich nicht lange eines ungetrübten Lebensabends erfreuen. Friedrich Gilek haben wir bereits 1901 als Hauptkassierer und Redakteur des Handschuhmacherverbandes. Nach dessen Verschmelzung mit dem Lederarbeiterverband übernahm er im Juli 1909 die Schriftleitung der „Lederarbeiterzeitung“. Zwei Jahrzehnte hat er gewissenhaft auch dieses Amt verwaltet. Friedrich Gilek war einer jener Genossen, die allen Widerwärtigkeiten zum Trotz in der Arbeiterbewegung stets ihren Mann standen. Wir werden seiner stets ehrend gedenken!

Säumige Beitragszahler verlieren ihre Rechte!

Für die Woche vom 1. bis 7. Juni ist der 23. Bundesbeitrag für 1930 zu zahlen.

Das Ideal ist der Fünftundentag! Die Arbeiterklasse hat jahrzehntelang für den Achtfundentag demonstriert und gekämpft. Er ist in Deutschland zwar nicht reiflos aber doch in weitestem Maße durchgeführt worden. Das große Heer der Arbeitslosen, die grandiose Entwicklung der Technik lassen die Notwendigkeit und Möglichkeit erkennen, daß der Arbeitstag noch weiter verkürzt werden kann. In einer kürzlich erschienenen Schrift über das Problem der Arbeitszeit äußert sich der Verfasser Dr. Max Ernst u. a. folgendermaßen: „So wird und muß schließlich unzweifelhaft auch eine Zeit langam, vielleicht noch in diesem Jahrhundert, herantreten, da der Achtfundentag zu lang erscheint und die von der Menschheit zu leistende Arbeit auch in kürzerer Frist bewältigt werden kann, ohne daß die Produktion und die menschliche Kultur darunter leiden. Dann wird ein immer größerer Teil des Tages anderweitig dem menschlichen Fortschritt gewidmet werden können und schließlich nur noch eine fünfständige Vormittagszeit für die tägliche Werks- und Berufsarbeit erforderlich sein, mithin ein Fünftundentag zur Bewältigung jener Arbeitslast genügen, die jetzt noch in acht Stunden geleistet werden muß. Technik und Maschinen werden alsdann dem Menschen die rohe Muskelkraft soweit abgenommen haben, daß für seine geistigen Leistungen mehr Zeit übrigbleiben wird als jetzt für die körperlichen Arbeiten, und die ganze arbeitende Menschheit wird dann sozusagen die Hälfte des Tages und somit die Hälfte ihres ganzen Lebens frei werden für eine Weiterentwicklung ihrer Geistes- und Herzensbildung und für ihre körperliche und geistige Erholung in der freien Natur.“ Diese Ansicht deckt sich vollständig mit der unsrigen, nur wäre hinzuzusetzen, daß ein solcher Idealzustand nur durch den Sozialismus verwirklicht werden kann.

Im Zeichen der Massenarbeitslosigkeit! Der Frühling ist da und mit ihm flattern viele Prospekte, Bäderanzeigen, Angebote von Ferienheimen, für Vergnügungsfahrten, für Sonntags- und Dampferfahrten in die Welt hinaus. Auch die Gewerkschaftsbüros bleiben davon nicht verschont. Viele Geschäftsstellen der Gewerkschaften, die sonst gern ihren Mitgliedern einen gemeinsamen Ausflug, eine schöne Dampferfahrt vorbereiteten, mußten in diesem Jahre auf die verschiedenen Angebote verzichten, daß für die in Betracht kommenden Arbeiter und Angehörigen wegen der unheimlichen Zahl der Feiertaglichen, Kurzarbeit und Arbeitslosen in diesem Jahre nicht daran denken können, die üblichen Vorbereitungen zu treffen, weil selbst für eine Fahrt im Jahr die Mitglieder das Geld nicht mehr erübrigen können! Auch das ist ein Mahnzeichen dafür, daß Tiefstand der Löhne oder gar Lohnminderung die Lebenshaltung der Arbeiter nicht nur drückt, sondern unheimlich rasch sich auf andere Gewerbe überträgt. Darum fort mit allen Lohnabbauarbeiten der Unternehmerpresse! Sie führt niemals zum Aufbau der Wirtschaft, sondern gebärt immer neue Arbeitslosigkeit!

Mitte Mai 2,7 Millionen Arbeitslose. Nur langsam bessert sich der Arbeitsmarkt. Mitte Mai wurden bei den Arbeitsämtern 2 753 000 Arbeitsuchende gezählt. Davon entfallen 40,7 % auf die Saisongruppen und 59,3 auf die Konjunkturgruppen. In der Arbeitslosenversicherung waren 1 630 000 und in der Krisenunterstützung 323 000 Hauptunterstützungsempfänger vorhanden. Die Zahl der Arbeitsuchenden am 15. Mai war um 1,2 Millionen höher als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Man fragt sich vergeblich, zu welchen Zuständen eine derartige Entwicklung noch führen soll.

Abrechnung des Deutschen Bau-gewerksbundes über das 1. Quartal 1930.

Einnahmen.		
An Beiträgen	2 362 077,55	M
„ Streikbeiträgen	516,50	„
Für Mitgliedsbücher	3 212,80	„
„ Erntebücher	398,—	„
„ Kalender	3 934,90	„
„ Buchhüllen	2 023,80	„
„ Markenmappen	330,80	„
„ Bundesnadeln	1 804,70	„
„ Bauabendsbücher	1 361,20	„
„ verschiedene Schriften	644,15	„
„ Zinsen	102 161,05	„
„ Kalender-Anzeigen	150,—	„
„ sonstige Einnahmen	4 700,85	„
Summa	2 483 311,30	M
Ausgaben.		
Für „Grundstein“, „Jungvolk“ und „Bauwerkmeißen“	243 273,19	M
„ „Bauwerk“	1 866,83	„
„ „Gewerkschaftszeitung“ und „Gewerkschaftliche Frauenzeitung“	8 178,63	„
„ Agitation und Zuschuß an die Bezirkskassen	157 613,09	„
„ Streiks und Bauippen	11 368,55	„
„ Verhandlungen	9 558,14	„
„ Unterstützung an Arbeitslose	5 945 763,11	„
„ „ Kranke	712 084,11	„
„ „ Invalide	1 568,29	„
„ „ Reisende	15 918,72	„
„ „ in Sterbefällen	165 506,85	„
„ „ Rechenschaftsflächen	19 112,46	„
„ Verwaltungszuschuß an die Bau-gewerkschaften	26 890,84	„
„ Konferenzen und Sitzungen	14 570,95	„
„ Unterrichtskurse	44 417,20	„
„ Beitrag an den WGB.	31 486,50	„
„ Beitragsanteil nach Frankreich, 2 Quartale	873,35	„
„ Beitrag Akademie der Arbeit	300,—	„
„ „ Deutsches Auslands-Institut	100,—	„
„ „ Bayerischer Wärme- und Wirtschaftsverband	250,—	„
„ „ Rachelkunst	50,—	„
„ „ Gewerbehygiene	50,—	„
„ „ Einbruch- und Filmversicherung	653,65	„
„ „ Unkosten Budapest	8 000,—	„
„ „ Umzug nach Berlin, Rest	1 313,—	„
„ „ Bibliothek	5 197,87	„
„ „ Schriften	48 094,32	„
„ sachliche Verwaltungskosten:		
a) Mitgliedsbücher	17 134,80	„
b) Drucksachen	12 550,25	„
c) Beitragsmarken	1 685,—	„
d) Buchhüllen	1 345,85	„
e) Bundesnadeln	1 164,50	„
f) Lichtbildapparate und Material	6 874,—	„
g) Film-Ronto	4 134,93	„
h) Zeichnungen	930,—	„
i) Autos und Material	43 359,95	„
k) Rechen-, Schreib- und Frankier-maschinen	12 451,80	„
l) Uhren	648,75	„
m) Modelle	602,35	„
n) Stempel	1 719,50	„
o) Buchbinder	379,05	„
p) Büroreinigung und Licht	5 737,50	„
q) Bürobedarf u. Zeitungsbabonnement	15 339,51	„
r) Porto, Fracht, Strafporto usw.	8 823,85	„
s) Fernspreckgebühren	2 098,30	„
Für persönliche Verwaltungskosten:		
a) Gehalt der Vorstandsmitglieder	31 469,—	„
b) „ „ Bürohilfsarbeiter und -arbeiterinnen	76 290,48	„
c) Bundesauszuschuß	300,—	„
d) Revision der Bundeskasse	573,65	„
e) „ „ Bau-gewerkschaften	338,55	„
f) Versicherung der Angestellten	94 550,72	„
Anteil der Bau-gewerkschaften an Jugend-marken	31 222,07	„
Verluste in den Bau-gewerkschaften	650,12	„
Summa	8 025 577,78	M
Bilanz.		
Einnahme	2 483 311,30	M
Ausgabe	8 025 577,78	M
Mehrausgabe	5 542 266,48	M

Herm. Kober, Kassierer.

Berlin, 1. Juni 1930.

Vorstehender Rechnungsab-schluß ist von uns revidiert und mit den Kassenbüchern und Belegen übereinstimmend befunden. Das Bundesvermögen ist uns nachgewiesen oder in bar vorgelegt worden.

Die Revisoren:

C. Hellmuth, Philipp Werner.
R. Hagemann, L. Voigt.

Hermann Leonhardt, geb. 6. Dezember 1907 in Reppin, eingetret. 13. September 1927, wird gebeten, seine Adresse bei der Bau-gewerkschaft Dessau ein-zufenden.

Bau-gewerkschaft Almburg.

Reisenden Kollegen diene zur Kenntnis, daß von unserer Bau-gewerkschaft kein Solatagegeld mehr gezahlt wird.

Bekanntmachung des Bundesvorstandes

Gestohlen worden ist das Mitgliedsbuch des Kollegen Johann Schanzig, Maurer, geboren am 25. Juli 1908 zu Hochheide, Kreis Homburg. (Siehe auch unter Bau-gewerkschaften dieser Nummer die Mitteilung aus Jena.)

Ausgeschlossen ist entsprechend § 16 Ziffer 2 der Bundes-zusatzung vom Bundesvorstand: Kurt Mauersberger, Hilfs-arbeiter, Bau-gewerkschaft Burgstädt, geb. 9. Juni 1900, in Burkhardt, eingetr. 4. Mai 1922.

Vom 23. bis 28. Mai haben folgende Bau-gewerk-schaften Gelder an die Hauptkasse eingeliefert: Altkönig 120, Aschaffenburg 800, Barth 250, Berlin 30 000, Bernburg 200, Bergen 300, Celle 500, Corbach 400, Cüstrin 400, Dem-mold 1000, Doberan 200, Demmin 270, Dinkelsbühl 150, Eisenach 500, Eichstätt 86,70, Ebstorf 130, Erfurt 1000, Friedland 125, Freiburg i. Schl. 10, Frankfurt a. M. 2000, Guben 1000, Gelsenkirchen 1000, Grünberg 700, Güstrow 1000, Goslar 600, Greifswald 350, Holzminden 350, Halle 790, Hufum 500, Heinrichswalde 200, Harzfeld 150, Jena 500, Jarmen 100, Jerichow 100, Kelbra 150, Kaufbeuren 600, Kempfen 250, Limburg 600, Landsberg a. d. W. 750, Lütz 300, Langensalza 250, Lpck 1000, Landesbut i. Schl. 250, Lindau 250, Laage 70, Laucha 250, München 66,65, Muskau 1150, Minden 1600, Neumünster 1000, Nord-hausen 500, Norderney 300, Neustettin 120, Osterode 280, Parchim 150, Plauen 49, Pöfnick 400, Priebus 150, Plafhe 142,10, Penzlin 113,15, Polzin 84, Querfurt 200, Reichen-hall 200, Reutlingen 1000, Riesa 1000, Schneidemühl 700, Star-gard i. P. 1200, Salzwedel 450, Schweinfurt 750, Sanger-hausen 90, Striegau 300, Schivelbein 300, Stargard i. M. 300, Schwaan 300, Strausberg 200, Templin 400, Thale 650, Tessin 100, Wismar 200, Wittenberg 2, Wilhelms-haven 1000, Weifsenburg 267,50, Walzrode 220.

Kalender: Iphoe (Glückstadt) 15, Lpck 6, Marien-werder 1,20, München-Glabbad 90, Siegen 1,80, Tessin 3,60, Thale 0,60, Weifsenburg 30, Wismar 1,20.

Buchhüllen: Guben 75, Lpck 7,50, Reichenhall 15, Senftenberg 37,50, Stavenhagen 4,50, Walzrode 3.

Markenmappen: Bergen 1,25, Bochum 12,50, Meiningen 7,50.

Verschiedene Schriften: Bergen 4, Frank-furt a. M. 57,50, Guben 11,50, Liegnitz 7,50, Senftenberg 12. Bundesnadeln: Erfurt 42, Frankfurt a. M. 210, Hann.-Münden 12, Kaufbeuren 12,50, Lpck 7,50, Meiningen 2,50, Sangerhausen 3,50, Tessin 4,90.

Grundsteineinbände: Bochum 14, Greifsen-berg i. Schl. 8, Meiningen 8, Münch.-Glabbad 14, Witten-berg 15.

Bauabend: Bochum 14, Cüstrin 0,20, Erfurt 4, Guben 11, Lpck 0,60, Meiningen 1,60, Mergentheim 3,20, Münch.-Glabbad 7, Reutlingen 17, Weifsenburg 2,50, Wittenberg 14. Der Bundesvorstand.

Gedenktafel verstorbener Mitglieder.

- Bayreuth. Paul Lienhard, Hilfsarbeiter, 45 Jahre alt.
- Konrad Schuberth, Maurer, 65 Jahre alt.
- Hans Seiler, Stukkateur, 63 Jahre alt.
- Bielefeld. Albert Nauerz, Hilfsarbeiter, 26 Jahre alt.
- Breslau. (Stabelmühl.) Paul Münch, Zementarb., 45 J.
- Danzig. Arthur Weber, Hilfsarbeiter, 49 Jahre alt.
- Dessau. Paul Roye, Maurer, 42 Jahre alt.
- Dortmund. Chr. Lohmann, Asphaltteur, 67 Jahre alt.
- Dresden. (Pesterwitz.) Hermann Lehmann, M., 70 J.
- Elbing. Albert Hecke, Maurer, 37 Jahre alt.
- Frankfurt/M. (Walldorf.) D. Bärenlänger, M., 54 J.
- Grimma. Ernst Heinisch, Maurer, 66 Jahre alt.
- Halberstadt. Julius Volkmann, Hilfsarbeiter, 70 J.
- Hamburg. Otto Acke, Stukkateur, 46 Jahre alt.
- Wilhelm Burmeister, Hilfsarbeiter, 70 Jahre alt.
- (Bergedorf.) Walter Eggers, Tiefbauarbeiter, 22 J.
- Franz Gawliita, Maurer, 64 Jahre alt.
- Heinrich Hamann, Postler, 66 Jahre alt.
- Wilhelm Heinke, Maurer, 68 Jahre alt.
- Paul Hohmann, Hilfsarbeiter, 28 Jahre alt.
- H. Horn, Stukkateur, 39 Jahre alt.
- D. Käkenmester, Maurer, 80 Jahre alt.
- Wilhelm Müller, Maurer, 73 Jahre alt.
- R. Neundorf, Maurer, 62 Jahre alt.
- Heinrich Schacht, Maurer, 58 Jahre alt.
- August Schröder, Hilfsarbeiter, 45 Jahre alt.
- Johann Soltan, Hilfsarbeiter, 64 Jahre alt.
- Hannover. Karl Biermann, Maurer, 78 Jahre alt.
- Hildesheim. Josef Wittschieder, Maurer, 75 Jahre alt.
- Heiligenhafen. Otto Bahr, Hilfsarbeiter, 37 Jahre alt.
- Hof. (Heimbrechts.) Christian Feilner, Maurer, 45 J.
- (Tirschenreuth.) Franz Fleckenstein, Ofenform., 46 J.
- Königsberg/Pr. Karl Gobat, Hilfsarbeiter, 57 Jahre alt.
- Leipzig. Paul Burscher, Maurer, 59 Jahre alt.
- (Zwenkau.) Otto Lehmann, Maurer, 63 Jahre alt.
- Magdeburg. (Esendorf.) Ernst Franke, Maurer, 24 J.
- Mannheim. (Grünstadt.) Phil. Lauk, Maurer, 52 J.
- Meißen. (Scharfenberg.) Oswald Haupt, Ofenleh., 63 J.
- München. (Dlt.) Karl Beischl, Maurer, 58 Jahre alt.
- (Gendling.) Franz Maislinger, Hilfsarbeiter, 60 J.
- (Mn.) Kaspar Strasser, Maurer, 70 Jahre alt.
- Plauen/Vogtl. Kurt Zöphel, Maurer, 20 Jahre alt.
- Sandau. Karl Fischer, Maurer, 57 Jahre alt.
- Stuttgart. Karl Spieß, Maurer, 52 Jahre alt.
- Ernst Zillfleisch, Hilfsarbeiter, 50 Jahre alt.
- Tribbes. O. Schröder, Maurer, 35 Jahre alt.
- Verden. Christian Hüneke, Maurer, 32 Jahre alt.

Ehre ihrem Andenken!

Bau-gewerkschaft Rauen.

An durchreisende Mitglieder wird kein Solatagegeld mehr gezahlt.

Bau-gewerkschaft Sandau.

Auf Beschluß der Mitgliederversammlung von 24. Mai wird keine Solatageunterstützung mehr gewährt. Wir bitten reisende Kollegen, dies zu beachten.

Bücher u. Schriften

Das Gesicht der herrschenden Klasse. 60 Zeichnungen von George Grosz. Kart. 4 M., in Leinen 6,50 M. Verlag Berlin W 50, Passauer Str. 3. — Grosz bietet ausgeprägte Satire und zwar eine Satire, die nicht wie bei Hille durch humorvolle Menschenliebe glänzt, sondern distanziert ist von Sat. Grosz ist einseitig, deshalb trifft er auch mandant daneben, besonders etwa, wenn Führer der Sozialdemokratie Opfer seines satirischen Stils werden. Seine Bilder sind meist fülligste Umrisse, aber sie bewirken trotzdem ein befreiendes Aufsehen des Betrachters. In diesem Buch ist u. a. auch ein Blatt, das zeigt, daß Grosz auch anders — je nach Einstellung des Betrachters besser — kann. Keine fülligste Umrisse, sondern eine sehr feine Zeichnung ist die alte Frau, die humorvoll ihren Kopf in die Hand fährt, mit der Unterschrift: „Sie macht nur sauer“. Dies Bild zeigt, daß nicht nur Sat allein bei Grosz wohnt, sondern auch Liebe zu den wertvollen Schichten des Volkes. Grosz ist ein großer satirischer Künstler.

Werbels Saucende Gehelesammlungen. Band „Arbeitsrecht“ von Dr. Franz Goerzig. 6. Heft mit dem vollständigen Wert 12,50 M. Verlag Friedrich W. Werbel, Leipzig C 1, Königstraße 26B. — Zeitlich schließt die neue Folge ab mit dem Arbeitslosenversicherung betreffenden Teile des Geheles zur Vorbereitung der Finanzreform vom 28. April 1930.

Wenn Frauen nicht gebären dürfen. Bedeutung und Methode der Empfängnisverhütung. Preis 1 M. Verlag Albert Baummeister, Berlin-Sonnenberg.

Bestimmungen über die bei Hochbauten anzunehmenden Belastungen und über die zulässigen Beanspruchungen der Baustoffe vom 24. Dezember 1919 mit den dazugehörigen Erläuterungen. 3. Ausgabe. Verlag Wilhelm Ernst u. Sohn, Berlin W 8, Wilhelmstr. 90. Gebotet 1,20 M.

Schuh vor Anfechtung. Wie schätze ich mich vor Geschäftsfrankheiten? Dr. Leon-Lenz, 71. bis 90. Kaufend. Preis 60 S. Verlag Albert Baummeister in Berlin-Sonnenberg.

Automaten. Die Bedeutung des Menschen durch die Maschine. Von Semms Günther. Mit 22 Abbildungen. Vied u. Co. (Frankf's

Technischer Verlag, Stuttgart. Auf 80 Seiten Text stellt Günther eine Reihe von Großmaschinen der Industrie, des Handels und Verkehrs dar, und weist nach, daß das Wort vom Fruch der Maschine eine Fabel ist.

Organisations- und Werbemittel in der Arbeiterbewegung. Von Erich Winkler, Einz-Gera. Erster Teil: Die Politik und ihre Gehele. Halbleinen 5,40 M. Verlag Karl Zwang, Verlagsbuchhandlung, Jena. Der wirtschaftliche, rechtliche und soziale Kampf der Arbeiterklasse zieht sich vorwiegend in der Sphäre der Politik. In dem Buche ist der Versuch unternommen, dies Gebiet durchführbarer zu machen, indem es das politische Handeln in die allgemeinen gesellschaftlichen Zusammenhänge stellt. Es zeigt den gesellschaftlichen Rahmen, der für jede Werbung und Organisationsarbeit gilt. Es wendet sich an alle die, die in der Arbeiterbewegung von der Organisation eingesetzt sind, vor allem auch an alle jungen Menschen, die aus ihrer Arbeitslage und aus ihrem Kampfwillen heraus immer stärker die Problematik des Politischen spüren.

Schule und Weltfrieden. Heft 5 der Volkslehrer-Schriftenreihe. Mit Beiträgen von Cassenbach, de Vroeder, Dr. Frh Karlen u. a. Preis 60 S. Verlag Karl Zwang, Verlagsbuchhandlung, Jena. Das Berufssekretariat der Lehrer im Internationalen Gewerkschaftsbund veranfaßte 1929 eine „Internationale Lehrerschule“, die vom 29. Juli bis 3. August in der belgischen Arbeiterhochschule Uccle bei Brüssel abgehalten wurde. Dies Heft soll versuchen, die Gedankengänge, die im Mittelpunkt der Arbeit standen, weiteren Kreisen zugänglich zu machen.

Reise und Ordnung. Von Ernst Ottwald. Preis 2,80 M. Verlag Berlin W 50, Passauer Straße 3. — Roman aus dem Leben der national gesinnten Jugend, nennt sich das interessante Buch, das die Ergebnisse eines Gymnasialisten schildert, der als Zeitfreiwilliger, Späher und in ähnlichen Funktionen die Revolution, den Rapp-Buch, die Kämpfe im Ruhrgebiet, den Marzaufruf in Mitteldeutschland usw. mitemachte. Es ist nicht das beste Buch, das über diese Dinge geschrieben worden ist, aber es zeigt deutlich die Haltung jener national verbrämten Weltreiter gegen den Geist des politischen Fortschritts. Das Buch trägt mit zur Stärkung des Fortschrittsgeistes bei.

Reisen und Abenteuer. Das neue Bilderkreuz-Heft, das zweite Bierzehnjahresheft 1930, bringt auf 96 Seiten geschlossener Einheit von Text und Bild eine überreiche Fülle von Beiträgen zum Thema

„Reisen und Abenteuer“. Die Bilderkreuzmitglieder erhalten das Heft als Gratisbeilage. Aber auch Nichtmitglieder können es zum Preise von 90 S beim Bilderkreuz G. m. b. H., Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 7-8, beziehen.

Der keine Wahl hat, hat die Qual. Unter diesem Titel hat der Passauer Verlag, Berlin W 50, Passauer Str. 3, vier Erzählungen aus dem höchsten Volksleben herausgebracht, die F. C. Weistopf vom Verfasser haben. Außer der Erzählung mit dem Buchtitel ist in dem Buch enthalten: „Die Lebenszeit“ oder „Der Leufel schäft nicht“, „Rechte Weisheit“ und „Ein Budek ist kein Budek“. Die alle Erzählungen durchgehende Tragik macht sie lesenswert und unterhaltsam. Das Buch kostet kartoniert 2,40 M., gebunden in Leinen 3,80 M.

„Die dritte Front.“ Aufzeichnungen aus 15 Jahren proletarischer Jugendbewegung von 1906 bis 1921, von Willi Witzgenberg. Mit 27 Photos. Preis kartoniert 3 M., gebunden 5 M. Neuer Deutscher Verlag, Berlin W 8, Wilhelmstr. 48. — Witzgenberg erzählt von der „Dritten Front“, die später unter Führung von Lenin und Liebknecht sich gegen „Reformismus“ und gegen den Krieg wendeten. Durch das ganze Buch zieht sich wie ein roter Faden der Satz gegen das, was die Kommunisten „Reformismus“ nennen. Bevor die Arbeiterbewegung in Deutschland gestiftet wurde, bestanden schon jene Spaltungstendenzen, die heute in den verführerisch kommunistischen Richtungen in Deutschland weiterleben. In dem Buch „Die dritte Front“ kann man etwas aus der Vorgeschichte dieser Tendenzen kennenlernen.

Sibirien, ein anderes Amerika. Von Otto Saller. Neuer Deutscher Verlag, Berlin W 8, Wilhelmstr. 48. 20 Illustrationen. Preis kartoniert 3,50 M., gebunden 5 M. — Otto Saller fuhr im Jahre 1929 als Reporter an Bord des Eisbrechers „Stroffin“ nach Sibirien an den Jenissei und den Jenissei hinauf nach Frasnogast. Dies Buch ist die Frucht dieser Reise. Wir erleben die Geburt einer Stadt auf ewig gefrorener Erde, die Erschließung von Bodenschätzen unter ungläublich schweren Bedingungen. Wir hören von den Eingeborenen, von den Hibernern auf den Radioaktionen im Eismeer, von den Jägern und Holzschlägern in den Urwäldern und von den Fischeren an den Strömen. Kurz und gut: wir lernen Land und Leute eines manchmal fagenunmöglichen Landes kennen. Eine fülle geschichtlicher, geographischer und ethnographischer Materials haben das Buch über den Wert eines Reisebuches hinaus.

Schöne weiße Zähne

Auch ich möchte nicht verfehlen, Ihnen bei dieser Gelegenheit meine größte Anerkennung und vollste Zufriedenheit über die „Chlorodont-Zahnpaste“ zu übermitteln. Ich gebrauche „Chlorodont“ schon seit Jahren und werde ob meiner schönen weißen Zähne oft beneidet, die ich letzten Endes nur durch den täglichen Gebrauch Ihrer „Chlorodont-Zahnpaste“ erreicht habe. C. Reichel, Schwerg, Amt Nienberg, Saalfreis. — Chlorodont: Zahnpaste, Zahnbürsten, Mundwasser Einheitspreis 1 Mk. bei höchster Qualität. In allen Chlorodont-Verkaufsstellen zu haben.



Die Spitzenleistung der deutschen Sprechmaschinen-Industrie
Preis ab Fabrik nur 78 Mark.
Ohne Anzahlung. — 2 Mark Wochenrate.
Sprechmaschinen-Fabrik „EDELTON“
Berlin N 65, Lynarstr. 5/6.
Schallplatten (Weltmark), größte Auswahl, bequemste Zahlweise, Prospekt 88 gratis und franko.
Rücksendungsrecht innerhalb 8 Tagen.

Berufs- u. Sportbekleidung
Werkzeuge, Teakholz-Wasserwaagen, „Teakin“ Schlapphüte, Isländer, Orig. Berliner Stukkateuranzüge.
Preisliste gratis.
Mechanische Kleiderfabrik
Versandhaus Fritz Ulrich
Altona-Elbe 7, Gustavstr. 58-60.

Sprechapparate wie Bild 35 Mk.
Hornmikro. v. 4,80 an, Violin. v. 5,- an,
Uhren m. Bar. v. 3,50 an, Photoapp., Stahlwar.,
Spielwar. usw. in groß. Ausw. u. zu nied. Preis.
Ab Fabrik kaufen sie billiger!
Sprechapparate, herrl. Ton, 5 Jahr.
5 Jahr. Gar. Auftr. üb. 9 Mk. portofr. Um-
tausch gest! Kein Risiko. Str. reell. Jahrl.
erwa 3000! Dankschr. Gr. Hauptkat. kostenl.
ERNST HESS NACHF.
Stammfabrik gegründet 1872
Klingenthal Sa. 921. Erstes und
ältest-Musikinstrumenten-Versandgesch.

EISU-Stahl-Betten
Kissen, Polster, Chinol, an jeden Teilzähl.
Katalog frei. Kissenfabrik Suhl (Thür.)
Billige böhm. Bettfedern
Einige reine, gutfüllend. Sorten
Einen Kilo graue geschlossene
3 Mk., halbweiß 4 Mk., weiß
5 Mk., bessere 8 Mk., 7 Mk.,
daunenweich 9 Mk., 10 Mk.,
beste Sorte 12 Mk., 14 Mk.,
weiß ungeschl. 7,50 Mk., 9,50 Mk., beste
Sorte 11 Mk. Versand portofr. zollfrei
gegen Nachnahme. Muster frei. Umtausch
und Rücknahme gestattet. **Benedikt
Sachsel, Lobes Nr. 9** bei Pilsen, Böhmen.

Ein faltboot für 158.- Mk.

gegen Monatsraten von ca. 12.- Mk. Billiger, gesünder und schöner als mit Wandern auf Flüssen und Seen können Sie Ihr Wochenende und Ihren Urlaub nicht verbringen. Das zerlegte Sonnlandboot haben Sie im Rucksack überall bei sich. Im Sonnlandzelt übernachten Sie kostenlos. Verlangen Sie den illustrierten Gralisprospekt G/St

Sonnland-

Faltbootbau, Rosenheim O 12

Wer kling ist, tauf bei Uhren-Klöse!

Reklamepreis
Nur 4,- Mtl.

1000 Stk. mehr
Garantie für jede Uhr

Städte leucht. n. 0,60 Mtl. mehr

Don 6. Uhren wert.
jährl. ca. 10.000 Stk.

erhalten 1 Mtl. Nachsch. und 1 Doppel gratis bei We-
teilung einer Uhr zum Preise von 6,50 Mtl. ob. mehr.

Uhren-Klöse, Berlin 29 (71), Zossener Straße 8.

Reelle Bezugsquelle!
Neue Gänsefedern
von der Gans gerupft mit Daunen, dopp. gereinigt. Pfd. — diese beste Qualität 3,50, nur kleine Federn (Halbdaunen) 5,-, 3/4 Daunen 6,75, gereinigte, geriss. Federn mit Daunen 4,- u. 5,-, hochfeine, prima 5,75, allerfeinste 7,50. Ia Volldaunen 9,- u. 10,50. Für reelle, staubfr. Ware Garant. Versand geg. Nachn. ab 5 Pfd. portofrei. Nichtgef. nehme auf meine Kost zurück.
Willy Mantuffel, Gänsemast, Gegr. 1852, Neutrebbin 5 b (Oderbr.)

MAURER
Rosen, pr. Qual. 6,50, 8,50, extra schwer 11,-, Jacken, pr. Qual. 7,50, 9,50, extra stark 12,-, Jacken 1,50, kleine Mützen 1,-, Pulzer- und Stukkatur-Jacken 5,-, 5,50, Wasserdichte Arbeitsjacken 20,-, wollene Unterjacken 3,-, klein, 10,-, groß, Versand gegen Nachnahme. Eigene Fabrikation.
Spezial-
haus für **Berufsbekleidung Adolf Wecker**, Berlin, Mühlendamm 3.
Wilhelm Pahr
letzt:
Berlin, Brunnenstraße 78.

Böhme böhme Bettfedern
1 Pfund graue, gute, geschlossene 80 Pt., 1 Mk., halbweiß 1,20 Mk., 1,40 Mk., weiße, flaumige, geschliss. 1,70 Mk., 2 Mk., 2,50 Mk., 3 Mk.; feinste, geschliss. Halbflaum-Herrschchaftsfedern 4,-, 5,-, 6,- Mk.; 1 Pfund Rupfedern, ungeschliss., mit Flaum gemengt, halbweiß 1,75, weiße 2,40, 3,- Mk., allerfeinster Flaumrupf 3,50 Mk., 4,50 Mk. Versand zollfrei, gegen Nachnahme, von 10 Pfund an franko. Umtausch gestattet, für Nichtpassendes Geld retour. Muster und Preis, gratis. S. Benisch in Prag XII, Amerika ul. Nr. 26/33, Böhmen.

Verwechseln Sie niemals meine Firma!

Sie ist einzig und allein das älteste und größte Spezialversandhaus der Art Deutschlands.

400 Eisenbahnwagenladungen Webwaren außerdem weitere
40 000 Zentner sonstige Webwaren
trafen nachweisbar im letzt. Jahre ein.
Ueber 900 000 Nachbestellungen
von meinen alten Kunden erhielt ich nachweisbar im letzten Jahre.

Der natürlichste und Billigste!
Heute viele Unterepreisangebote!
Bis auf Weiteres gebe ich

noch 10 Proz. Rabatt

auf diese niedrigen Preise. — An Stelle des Rabattes auf Wunsch kostenlos
1 schöne, gehende Wanduhr oder Standuhr oder 7 Mtr. haltbare, zurückgesetzte Stoffe.

Vorübergehend, kurze Zeit gebe ich ab

Nr. Preise per Meter Breite Mk. Pf.

10 Baumwollgewebe, ungelbleicht, leichte Sorte für einfache Vorhänge	0.14
11 Baumwollgewebe, ungelbl., etwas bess. dicht. Sorte 78 cm	0.26
12 Baumwolltuch, ungelbl., halb. Sorte, aus gut. Garnen 78 cm	0.36
13 Baumwolltuch, ungelbleicht, kräftig, fast unverwundlich im Gebrauch	0.46
14 Baumwolltuch, starke, fast unverwundl. Spezialqual., 78 cm	0.56
15 Hemdentuch, weiß, leichte Sorte, mit Schnittkante 70 cm	0.26
16 Hemdentuch, weiß, für gute Wäschestücke	0.46
17 Hemdentuch, weiß, mittelstarkdicht, dicht geschloss., vorzügl. Qualit., für besond. solide gute Wäschestücke	0.66
18 Macoutuch, weiß, aus garant. rein ägyptisch. Baumwolle, für besond. feine, bessere Hemden und Wäschestücke	0.76
19 Hemdenflanell, indanthren-gestrichl., etwas leicht.	0.26

20 Hemdenflanell, indanthren-gestrichl., bessere fast unzerreißbare Sorte	0.46
21 Hemdenflanell, gehört zu meinen best. Sorten, auferordn. haltb., fast unverwundl. Qual. aus rein. Baumwollgarn, inf. d. Güit. ganz besond. preisw. 78-80 cm	0.69
22 Handtücher, solide, strapazierbare Sorte	0.26
23 Handtücher, gute Strapazierqualität	0.36
24 Handtücher, besonders dicht geschlossen, kräftig, Strapazierqualität, mit echtfarbig. Streifen an der Kante	0.46
25 Zephir, gute Sorte, schön hellfarbig. Muster	0.46
26 Zephir, für Hemden u. Blusen, schön gedeckl. mittelfarb. Must. aus fein. Garnen, echtfarb. 70 cm	0.56
27 Gardinen, sog. Vorhangstoff, aus prima feinen Garnen, mit indanthren-goldfarbig. Streifen, etw. durchsichtig gewebt 70 cm	0.33
28 Wischtücher, gute strapazierbare Sorte, 45x45 cm, p. 1/2 Dtz.	0.96
29 Damentaschentücher, weiß, Maccausrüstg. m. Hohlraum 30x30 cm	0.86
30 Herrentaschentücher, feinfädige gute Sorte, mit weißem Grund u. schönen, echtfarb. Kanten, 40x40 cm, p. 1/2 Dtz.	1.26
31 Schupfhosen für Frauen, feinfädige Sorte für Frühjahr und Sommer	0.85
32 Trikotkleider für Mädchen u. Frauen, Rock mit Pullover, mit Taschen u. Schlips, nebst Gürtel, modern u. strapazierbar, Farbe blaumeliert, passend für mittl. Größe	5.00

Nachstehendes weitest unter Preis!
Abgabe vorübergehend.
33 Schladdecken sol. Gebrauchsware, ca. 900 g schwer, Größe 130x190 cm, hiervon Abgab. bis 2 Stück. Ausnahmepreis p. Stück.
Jetzt Erledigung jeder Bestellung innerhalb 3 Tagen.
Abgabe von jedem Artikel bis 100 Meter bzw. bis 20 Dtz. an ein. Kunden. Versand erfolgt per Nachnahme von 10 Mk. an.
Portofreie Lieferung von 20 Mk. an.
Wenn trotz der Güte etwas nicht entspricht, oder wenn meine Waren unter Berücksichtigung der guten Qualitäten nicht bedeutend billiger als andererseits befunden werden, nehme ich diese auf meine Kosten retour, und bezahle den vollen Betrag zurück.

Jos. Witt, Weiden 54 Opt.
Elg. mechan. Weberei. Aelt. u. größt. Versandgesch. d. Art Deutschlands.

Saubstagen
HOLZWERKZEUGE
VORLAGEN
KAT. GRATIS
J. BRENDL
Mutterstadt 37 Pfalz.

Große Farmer-Zigarren
Preis Abbau! Aus besten Tabaken. Ladenpreis à St. 10 Pfg. ab Fabrik. 100 St. nur M. 6,80 geg. Nachn. Gar. Zurückn. Preisliste gratis. Zlg.-Fabr. Gebr. Weckmann, Hanau - J 29

Louis Mosberg, Bielefeld
1868 — 60 — 1928
Verlangen Sie in der Welt überall
bewährte Berufsbekleidung
Jahresänder
Leichtlöswasserwaagen, Kellern.
mit der Wasserwaage
Lichtlöswasserwaagen, Kellern.
Lichtlöswasserwaagen, Kellern.

Betten aus dichtem Bett-Inlett!

Oberbett mit 7 Pfund	15,85	19,70	23,75
Unterbett mit 6 Pfund	14,90	18,20	22,50
1 Kissen mit 2 1/2 Pfund	4,50	5,90	6,90
Vollständiges Bett	35,-	43,-	53,-
Bettfedern	1,25	1,90	2,40
Halbdaunen	3,-	4,50	5,50
Daunen	8,50	10,50	12,50

Preislist. grat. Umtausch od. Geld zur. Vie. Dankschr. Nachnahmevers. Bettenfabrik H. Möller, Kassel 43, Mönchebergstr. 8 1/2.

Sie schaffen es auch

bis zum Polier, Bauleiter, Maurermeister, Bautechniker, Vermessungstechniker, Baugewerksmeister, Bauingenieur, wenn Sie sich gründliche Fachkenntnisse durch die Unterrichtsbriefe des Systems Karnack aneignen. Karnack ist das jahrzehntlang erprobte und bewährte Selbstunterrichtssystem, mit brieflichem Einzelunterricht, das Ihnen Abschlussprüfung nach beendigt. Studium (Obersekundareife, Abitur) durch die Selbstunterrichtsbriefe der Methode Rustin. Ebenso kaufmännische, fremdsprachliche und musikwissenschaftliche Ausbildung. Bequeme Monatszahlungen. Berufsberatung und Prospekte kostenlos.
Rustinsches Lehrinstitut, Potsdam-B. 68.

Schmale Teakholz-Wasserwaagen
Der Konkurrenzmarkt beginnt. W. Richter ist u. bleibt der Billigste bei nur 1. Qualität.
Längen 100 80 75 70 60 45-40 35-25 cm
Preis 3,70 3,50 3,30 3,20 3,10 2,80 2,65 2,50 2,30 Mk.
bei 4 Stck. an portofr. Bei 11 Stck. 1 Stck. grat. Sämtl. Werkzeuge gut u. billig. **W. Richter, Düsseldorf-Unterrath.**
Preisliste gratis.

Rundfunkhörer! Tretet dem Arbeiter-Radlobund bei!